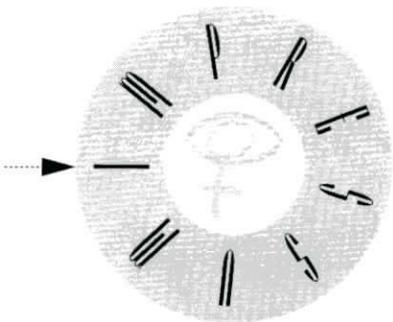


IN EIGENER SACHE		1
FRAUEN IN DEN MEDIEN	Transformation des Journalismus <i>von Irene Neverla</i>	2
FRAUEN IN DEN MEDIEN	Feministische Medien <i>von Margret Lünenborg</i>	4
FRAUEN IN DEN MEDIEN	Ausgrenzende Strukturen der Nachrichtenpraxis <i>von Brigitta Huhnke</i>	8
MEDIENSTRUKTUR	Leichtlohngruppe Journalismus <i>von Margret Lünenborg</i>	16
JOURNALISTINNENPFADE	Im Gespräch mit Ulrike Helwerth und Gisela Zimmer <i>von Annette Maennel</i>	19
SATIRE	Nackte Zwänge <i>von Christiane Kloweit</i>	21
FRAUEN IM FERNSEHEN	Trauma Traumschiff <i>von Klaudia Brunst</i>	22
MEDIALE GEWALT	Künstliche Gewalt-Wirklichkeiten ? <i>von Monika Gerstendörfer</i>	26
INFOTECHNOLOGIEN	Frauen spinnen ihre Netzte <i>von Astrid Nickel</i>	29
FRAUEN IM FUNK	Anmerkungen zur medienpolitischen Lage <i>von Alice Ströver</i>	31
ALTERNATIVE MEDIEN	Die Sklaven <i>von Annett Gröschner</i>	33
POLITIK	Vergessene Opfer ? <i>von Ines Koenen und Renate Künast</i>	35
PEKING-NACHLESE	Weltfrauenkonferenz 1995 <i>von Petra Bläss</i>	39
NACHRUF	Nachruf für Petra Fellhaber-Keiper <i>von Petra Wunderlich</i>	42
INFORMATIONEN	Deutscher Journalistinnenbund <i>von Frauka Langguth</i>	44
INFOS/ANZEIGEN	Frauenpresseagenturen <i>zusammengestellt von Monika Reiter</i>	45



Weiblick
 Herausgeberin: Unabhängiger Frauenverband, Anklamer Straße 38, 10115 Berlin
 Redaktion/Herst.: Annette Maennel
 Autorinnen: I. Neverla, M. Lünenborg, B. Huhnke, K. Brunst, M. Gerstendörfer, A. Nickel, A. Ströver, A. Gröschner, I. Koenen, R. Künast, P. Bläss, P. Wunderlich, F. Langguth, A. Maennel
 Fotos: K. Vogel: S. 1; Berit Pankow-Steinkamp: S. 2, 5, 7, 9, 22, 28; Chris-Karen Schmidt: S. 21
 Kathrin Lahusen: S. 42; Archiv: S. 12, 19, 23, 24, 25, 34, 36, 39
 Grafiken: M.F. Müller: S. 8, 44
 Layout & Design: A. Raidt, M. F. Müller / Titel: A. Raidt, Titelfoto: M. F. Müller
 Satz: „Weiblick“
 Druck: Trigger
 Anzeigenbüro: Anklamer Straße 38, O-10115 Berlin, Tel.: 448 55 39, Tel.: / Fax: (030) 448 5542
 Anzeigenpreisliste kann bei der Redaktion angefordert werden.
 Bankverbindung: Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, Konto-Nr. 4153 81 0504
 Der Inhalt der Texte muß nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

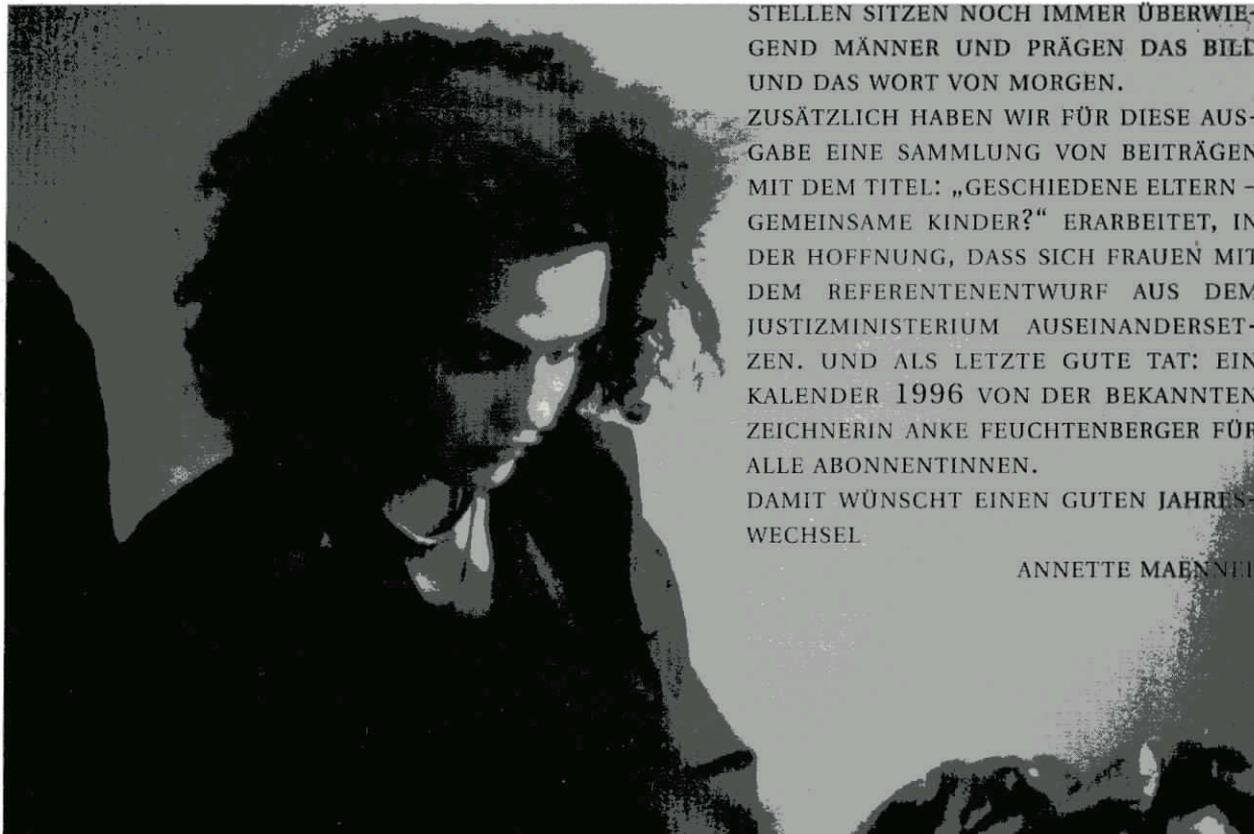
FRAUEN IN DEN MEDIEN – SO DER SCHWERPUNKT UNSERER LETZEN AUSGABE IN DIESEM JAHR. OBWOHL NICHT WENIGE FRAUEN IN DEN MEDIEN ARBEITEN, FRAUENSENDUNGEN UND FRAUENSEITEN UND ALS LETZTER MEDIENCOUP EIN EIGENER SPARTENKANAL FÜR FRAUEN EINGERICHTET WURDEN, SOLLTEN DIESE FAKTOREN NICHT ALS LETZTES INDIZ FÜR EINE GRÖßERE MEDIENMACHT IN FRAUENHÄNDEN ANGESEHEN WERDEN. WIR WOLLTEN ERFAHREN, IN WELCHEN MEDIENBEREICHEN FRAUEN VERTRETEN SIND UND WELCHEN CHANCEN SIE SICH DORT GEGENÜBERSEHEN. AUSSERDEM SCHIEN ES UNS INTERESSANT, DAS FRAUENBILD IN DEN MEDIEN ZU BETRACHTEN. AN DEN EINFLUSSREICHEN

STELLEN SITZEN NOCH IMMER ÜBERWIEGEND MÄNNER UND PRÄGEN DAS BILD UND DAS WORT VON MORGEN.

ZUSÄTZLICH HABEN WIR FÜR DIESE AUSGABE EINE SAMMLUNG VON BEITRÄGEN MIT DEM TITEL: „GESCHIEDENE ELTERN – GEMEINSAME KINDER?“ ERARBEITET, IN DER HOFFNUNG, DASS SICH FRAUEN MIT DEM REFERENTENENTWURF AUS DEM JUSTIZMINISTERIUM AUSEINANDERSETZEN. UND ALS LETZTE GUTE TAT: EIN KALENDER 1996 VON DER BEKANNTEN ZEICHNERIN ANKE FEUCHTENBERGER FÜR ALLE ABONNENTINNEN.

DAMIT WÜNSCHT EINEN GUTEN JAHRESWECHSEL

ANNETTE MAENNEL



FRAUEN IN DEN MEDIEN

Irena Neverla

*Professorin am Institut für
Journalistik, Hamburg*

TRANSFORMATION DES JOURNALISMUS

Die Szenarien zur Zukunft des Journalismus schillern widersprüchlich, paradox, ja skurril. Die Rahmenbedingungen erscheinen ebenso. Was einmal „journalistischer Beruf“ war, ist nicht mehr Fundament für eine Normalbiographie und bietet keine Absicherung von Lebenschancen. Was noch „Medienbetrieb“ heißt, soll einerseits zur Organisationskultur umgemünzt werden, könnte sich aber übermorgen schon in den virtuellen Dimensionen von Zeit und Raum auflösen. Was den Journalisten einmal als „Publikum“ vor Augen schwebte, hat sich aufgelöst in Splitter von Zielgruppen, die im biographischen Verlauf womöglich wechselnden Milieus und Subkulturen angehören. Wie lassen sich die Aufgaben des Journalismus noch definieren in einer „Mediengesellschaft“, in der die elektronischen Netze perfektioniert und die Menschen fraktalisiert sein werden – oder könnte alles doch ganz anders kommen?

Eines läßt sich mit hoher Sicherheit vorhersagen: Es wird Journalismus weiter geben. Auch wenn die zukünftige Verknüpfung der Medien und digitalen Techniken den EndverbraucherInnen mehr Zugriff auf Erstquellen für Information und Unterhaltung, auf Datenbanken und Agenturen, auf Internet und Online-



Dienste ermöglicht, werden doch zwei Hürden aufrecht bleiben, Geld und Zeit. Begrenzte Finanzbudgets der Haushalte und Zeitknappheit im Alltag und im Lebensverlauf werden (neben weiteren Barrieren mehr subjektiver Art) verhindern, daß jeder sein eigener Programmredakteur und jede ihre eigene Nachrichtenchefin wird. Journalismus wird weiter benötigt, um in einer arbeitsteiligen Gesellschaft Information und Unterhaltung zu organisieren, zu gestalten und auszuwählen. Auch Kommunikation – öffentlicher und privater Art – unterliegt Rationalisierungsprozessen.

Doch das Mediensystem und mit ihm Medieninhalte, Medienformen und journalistische Arbeit wird sich vielfältig aufgliedern. Tageszeitungen und vor allem Fachzeitschriften werden neben ihrer Papierform auch elektronisch über die Netze abrufbar sein. Das gute alte

Programmfernsehen wird ergänzt durch Spartenprogramme und bezahlte Programmdienste. Die Grenzen zwischen Print- und AV-Medien werden verwischt bzw. in Mischformen wie CD-ROMs und Multimediadiensten vermengt werden. So werden auch traditionelle Grenzen des journalistischen Berufs verwischen bzw. werden sich Teilgebiete neu gliedern. Von Journalismus schlechthin zu sprechen, wird in Zukunft weniger denn je möglich sein. Vielfältige „Journalismen“ mit je eigenen Aufgabengebieten, Tätigkeitsprofilen und Rollenbildern werden entstehen.

Im Strukturwandel des journalistischen Berufs spiegeln sich die Transformationsprozesse der Gesamtgesellschaft. Aus den vielfältigen Faktoren und Wechselwirkungen dieser Transformation – die m. E. eine andere Qualität hat als „sozialer Wandel“ früherer Geschichts-

phasen – seien hier nur zwei herausgegriffen, nämlich Technik und soziale Differenzierungen. Im folgenden will ich zeigen, wie im Wechselspiel zwischen Technik und sozialer Differenzierung einer der Kernbegriffe von Journalismus, nämlich „Aktualität“ an Gültigkeit und damit Orientierungskraft verloren hat.

Was uns die elektronisch-digital-interaktive schöne neue Medienwelt im einzelnen bringen wird, wissen wir nicht. In den Prognosen der Techniker, Politiker und Promotoren haben sich Mythen und Wirklichkeit immer schon schlecht auseinanderhalten lassen. Doch ein Attribut von elektronischen Medien ist schon erkennbar und wird sich in Zukunft noch stärker niederschlagen. Es ist dies die Nihilierung von Zeit und Raum. Physikalisch gesehen hat die Elektronik Hindernisse von Zeit und Raum überwunden. Was immer irgendwo auf der Erde sich ereignet, kann synchron an beliebig jeden Platz vermittelt werden, kann beliebig gespeichert und irgendwann abgerufen werden.

Mit dieser Nihilierung von Zeit und Raum wird jener technische Aktualitätsbegriff untergraben, der von alters her journalistisches Handeln leitete und danach strebte, die Differenz zwischen Ereignis und Berichterstattung zu eliminieren und letztlich beides synchron werden zu lassen. Indem dieses technische Problem der Übermittlung von Botschaften durch die Elektronik gelöst ist, hat allerdings Aktualität, soweit sie technisch definiert wird, als Selektionskriterium des Nachrichtenjournalismus an Bedeutung verloren. Da prinzipiell über jedes Ereignis überall auf der Welt

zeitgleich berichtet werden kann, bedarf es nun anderer Auswahlkriterien und eines anderen Aktualitätsbegriffs.

Nun hat im Journalismus immer schon neben dem technischen auch ein sozialer Aktualitätsbegriff existiert. In dieser Sicht konstituiert sich Aktualität aus dem Beziehungsgeflecht zwischen Ereignis und Publikum. Verkürzt gesagt, kann als aktuell begriffen werden, was Aufmerksamkeit oder besser noch Betroffenheit auslöst beim Publikum. Doch auch dieser soziale Aktualitätsbegriff ist brüchig geworden im Zuge der Individualisierungsprozesse der modernen Gesellschaft. Die „neue Unübersichtlichkeit“ der Gesellschaft hat sich bereits in einer Unübersichtlichkeit der Publikumssegmente und Splitter niedergeschlagen. Immer kleinteiliger und unberechenbarer werden die Zielgruppen. Immer schwieriger ist entscheidbar, was auf welche Zielgruppe hin noch als „aktuell“ im Sinne der sozialen Definition gelten kann.

Die Konkurrenz auf dem Medienmarkt aber wird härter, national und international. Aufmerksamkeit muß erregt werden. Eine Strategie dafür ist die Durchbrechung von Tabuzonen. Dies läßt sich als eine dritte Form der Aktualitätsdefinition verstehen. Je weiter die Tabuverletzung geht, je tiefer der Verstoß gegen anerkannte Werte (wie Achtung der Menschenrechte), desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, über die segmentierten Publika hinweg Aufmerksamkeitspotentiale zu gewinnen. Tabuverletzungen durch Brutalisierung und Intimisierung der Medieninhalte sind also letztlich nicht nur Exzesse, die aus den ökonomischen Konkurrenzbeziehungen ent-

springen, sondern entsprechen der Systemlogik des Journalismus inmitten der modernen Gesellschaft.

Ein viertes Aktualitätsverständnis ist erkennbar. Es handelt sich um Aktualität mittels Tiefenschärfe. Sie kann erreicht werden durch die Einbeziehung der historischen Dimension in die Ereignisbeschreibung, durch die Wiederentdeckung literarischer Formen der Darstellung, durch Behutsamkeit bei der Rekonstruktion der Zusammenhänge hinter den äußeren Geschehnissen. *Arte* und *Wochenpost* können als Beispiele für Journalismus mit tiefenscharfer Aktualität gelten. Sie läßt sich eher an den Rändern des Medienmarktes auffinden und ob sie marktfähig wäre auch für größere Publikumssegmente, ist zweifelhaft.

Der Weg des Journalismus von der technischen zur sozialen Aktualität kennzeichnet Dimensionen in der historischen Entwicklung dieses Berufs. Auch die Alternativen zwischen Tabuverletzung und tiefenscharfer Aktualität sind historisch nicht neu. Doch in einer „Mediengesellschaft“, deren Besonderheit ausmacht, daß unser Wirklichkeitsverständnis wesentlich von den Medien und ihren Wirklichkeitskonstruktionen geprägt wird, stellt das Ausmaß, in dem sich Tabuverletzung oder Tiefenschärfe durchsetzen, einen besonders kritischen Indikator dar – für die intellektuelle Kraft des journalistischen Berufs wie für die Fähigkeit einer Gesellschaft zur Reflexion über sich selbst.



FRAUEN IN DEN MEDIEN

Margret Lünenborg
Journalistin

F EMINISTISCHE MEDIEN

*Der etwas etwas andere Blick auf die
Wirklichkeit*

Was heißt Feminismus heute und was heißt er im Zusammenhang mit Medien? Welche Medien, die sich als feministisch bezeichnen oder die von außen als solche bezeichnet werden können, gibt es überhaupt?

Was kennzeichnet feministische Medien – idealtypisch und in der Wirklichkeit? Was ist ihre Bedeutung? Dazu die Stichworte: Ghetto – Nische – Freiraum? Und welche Auswirkungen haben sie für die Medienlandschaft insgesamt? Und als quer zu diesen Aspekten verlaufende Fragestellung will ich versuchen, im Auge zu behalten: Was hat sich verändert durch die Sicht im Osten, also in den Neuen Bundesländern, und durch die Sicht auf die Situation in den neuen Ländern?

„Daß auch die Frauenzeitschrift vom Männerjournalismus ausgeht, liegt in der historischen Tatsache des Patriarchats begründet, das die Frau in jedem Fall zum „anderen Geschlecht“ macht. Immer schon liegen männlich produzierte Strukturen vor, immer stößt die Frau auf Entwürfe von Weiblichkeit und Räume, die ihr per Definitionen und in geschlechtsspezifischen Herrschaftsverhältnissen zugeordnet sind.“

Dieses Zitat von Ruth-Ester Geiger und Sigrid Weigel aus dem Jahr 1981 mutet sprachlich heute sperrig und etwas antiquiert an, damit büßt es jedoch nicht an Klarheit und Eindeutigkeit ein. Eine feministische Analyse begreift Geschlechterverhältnisse in unserer Gesellschaft als Herrschaftsverhältnisse, als eine Platzzuweisung von Männern und Frauen innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie. Daß Frauenzeitschriften, wie Weigel und Geiger konstatieren, dieser Platzzuweisung nicht entrinnen, beschreibt das Ausmaß der Definitionsmacht von Männern. Auch feministische Medien bewegen sich nicht vollkommen außerhalb des gesellschaftlichen Diskurses und der ihm innewohnenden Machtverhältnisse. Im Unterschied zu den herkömmlichen Frauenzeitschriften – auch wenn es teilweise Überlappungen gibt – machen sich die feministischen Medien dieses Herrschaftsverhältnis zum Thema. Sie betrachten und analysieren das Eingebundensein von Frauen innerhalb dieser Strukturen und versuchen, ihre Ansätze zur Emanzipation aus diesen Strukturen heraus zu entwickeln, diese zu veröffentlichen und damit zur Diskussion zu stellen.

Welche feministischen Medien gibt es überhaupt? Gibt es überhaupt (noch) welche?

Blattgold, Blau, abwasch, Horizonte, Zeitpunkte, FrauenFragen, Weibblick, Radio Dora oder 20 den, das Spektrum feministischer Medien ist beträchtlich. Die Fluktuation groß, die Verbreitung zumeist eher bescheiden, das Publikum, je nach Medium, im Bereich der Printmedien eher eine sehr enge, eindeutige

Zielgruppe: junge, hochgebildete, zumeist akademische Frauen, die sich mehr oder weniger der Frauenbewegung zugehörig fühlen. Im Bereich der elektronischen Funkmedien ist das Publikum eher breiter gestreut, heterogener, auch zufälliger zusammengesetzt. Doch über all das wissen wir wenig.

1989 haben Petra Werner und Ulrike Röttger bei einer Bestandsaufnahme feministischer, regionaler Zeitschriften immerhin 33 Titel in den alten Bundesländern gefunden. Mit insgesamt 14.000 verkauften Exemplaren, die jeweils etwa zwei bis drei Leserinnen in die Hand nehmen, sicherlich kein „Massenmedium“, aber auch keine sektiererische Minderheit. Als bundesweites feministisches Medium gilt – noch immer – die EMMA als die große Schwester oder gar die Übermutter aller kleinen, regionalen Zeitschriften. Eine Behauptung, die ich später noch ein bißchen überprüfen möchte. Feministische Programme in öffentlich-rechtlichen Medien sind nicht selbstverständlich, aber auch keine einsame Ausnahme. Beim WDR, beim ORB und beim ZDF im Fernsehen (wobei nicht in allen Fällen die Redakteurinnen sich und ihr Programm als feministisch bezeichnen würden), im Hörfunk beim SFB als einzigem Sender täglich, beim NDR, beim ORB, neu beim WDR, beim HR, beim Saarländischen Rundfunk und beim Bayrischen Rundfunk zumindest einmal die Woche.

Auch auf lokaler Ebene sind Frauen im Rundfunk vertreten. Die „Frauen im Bürgerfunk“ gehören in Nordrhein-Westfalen zu den aktivsten NutzerInnen des öffentlichen Zugangs, der im Zweisäulen-Modell verankert ist. In anderen Bundesländern sind sie zum Teil in offe-

FRAUEN IN DEN MEDIEN

nen Kanälen vertreten, nicht-kommerzielle Radios wie Radio Dreyeckland in Freiburg oder Radio Z haben Frauenredaktionen, die sich zum Teil sogar international vernetzt haben.

In den Neuen Bundesländern ist mir keine umfassende Übersicht bekannt. In der Wendezeit entstanden mehrere Medienprojekte, die versuchten, der Lebenswirklichkeit von Frauen eine Stimme zu geben. „Ypsilon“ in Berlin war ein ästhetisch und graphisch sehr anspruchsvoller Versuch (an dem ich eine Zeitlang beteiligt war), die „Zaunreiterin“ kam in Leipzig optisch bescheidener aber dabei inhaltlich entschieden daher, „feministisch“ wie die Macherinnen selber sagen. Sie schreiben in ihrer ersten Nummer 1990 im März: „Wenn wir die Zeitschrift feministisch nennen, so deshalb, weil wir uns Frauen in unserer Ganzheitlichkeit zeigen wollen.“

Im Titel der Zeitschrift taucht das Wort allerdings nicht auf. *Eva Kaufmann*, Ost-Berliner Literaturwissenschaftlerin, die sich „Ypsilon“ und die „Zaunreiterin“ vergleichend angesehen hat, meint, die Frauen der Zaunreiterin hätten auf das Wort „feministisch“ wegen der „Ein- und Ausgrenzungsgefahr“ verzichtet. Im Editorial beschreiben die Macherinnen ihren Standpunkt: „Was wir als Frauen wollen; ist aber mehr als Gleichberechtigung, es ist etwas anderes... Wir werden uns zuerst auf unser Frausein einlassen, es entdecken, von unserem Empfinden reden, zwischen diesen zwei Welten – der eigenen und der gesellschaftlich vorgegebenen, genormten, anerkannten.“ Auch die Ypsilon-Frauen sprechen von Feminismus, doch hat es für sie erst einmal mit der Vermittlung unbekannter Diskussionen zu tun, ist nicht Bestand-



teil der eigenen Geschichte. Es ist die Vermittlung fremder Auseinandersetzungen, in die sie sich dann einklinken. Beide Zeitschriften gibt es nicht mehr. Vor allem ökonomische Gründe haben ihr Ende erzwungen. Neben „Weiblick“, der inzwischen zweimonatlichen Zeitschrift des Unabhängigen Frauenverbandes, existiert heute keine weitere überregionale Zeitschrift aus den Neuen Bundesländern. Das FrauenMedien-Büro FAKTA gibt einen Informationsdienst heraus, der sich vor allen Dingen an Frauen in Gleichstellungsbüros und Behörden richtet. Diese Aufzählung ist nicht vollständig, soll sie doch nur einen Eindruck geben über das, was heute unter feministischen Medien in Deutschland zu verstehen ist.

Was also kennzeichnet feministische Medien?

Einen befremdeten Blick auf die uns fremde Welt der Männer zu werfen, so hat *Cora Stephan* die spezifisch feministische Analyse von Journalistinnen beschrieben. Mir gefällt diese Beschreibung, macht sie doch klar, daß es im feministischen Journalismus um mehr gehen muß als um die klassischen Frauenthemen: Heute nicht mehr: Kinder, Küche, Kirche (oder wahlweise Kombinat), sondern vermutlich § 218, sexueller Mißbrauch und Vergewaltigung in der Ehe. Diese Frauen-Opfer-Themen sind es, auf die gemeinhin Frauenberichterstattung reduziert wird. Diese Themen fügen sich in die klassi-

FRAUEN IN DEN MEDIEN

schen Nachrichtenselektionskriterien der anderen Medien ein: Ein Stück Voyeurismus, ein Stück Sensation, ein Stück Parteipolitik. Doch darauf kann sich feministischer Journalismus nicht reduzieren lassen. Der befremdete Blick auf die Welt der Männer erfordert offene Augen in der Wirtschaftspolitik genauso wie bei der Verkehrspolitik, bei Umweltfragen wie bei Haushaltsentscheidungen (und hier meine ich natürlich den Finanzhaushalt öffentlicher Institutionen). Was also kennzeichnet diesen Blick? Ich habe versucht, ein paar Kriterien dafür zu formulieren:

Die erste und umfassendste Prämisse: Im Blick sind die Frauen – die Auswirkungen politischer, ökonomischer struktureller Entscheidungen für Frauen. Dabei ist eine prinzipielle Parteilichkeit für Frauen die Voraussetzungen – es geht eben darum, Strukturen zu beschreiben und zu sezieren, die Frauen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen. Aber Frauen sind keineswegs nur Opfer, jedoch wissend, daß Frauen keineswegs gleichermaßen und alle von diesen Beeinträchtigungen betroffen sind, muß es auch um eine Auseinandersetzung mit der Teilhabe von Frauen an diesen Strukturen gehen. Das, was *Christina Thürmer-Röhr* als „Mittäterschaft“ bezeichnet, die zumindest passive Unterstützung von Frauen für dieses System, muß mit im Blick sein.

2. Im Unterschied zu den traditionellen Kriterien für Nachrichtenselektion muß der Alltag einen sehr viel höheren Stellenwert bekommen. Nicht die ritualisierten Verhaltens- und Berichterstattungsformen der politischen Kaste, sondern die alltägliche Lebenspraxis sind der Fokus,

an dem Entwicklung oder Rückschritt gemessen werden.

3. Aus beiden Kriterien zusammen erwächst, daß die Lebenswirklichkeit von Frauen im Mittelpunkt stehen muß.

4. Statt isolierter, häufig den Zusammenhang aus den Augen verlierender Informationshäppchen muß es um Zusammenhänge gehen. Ganzheitlichkeit gilt als Qualitätskriterium. Feministischer Journalismus (und nicht nur er) muß Transferleistungen erbringen, z. B. auch zwischen wissenschaftlicher Forschung und Alltagsverhalten. Damit ist dieser Journalismus eingebunden in einen Diskurs der feministischen Theorie und muß ihn zugleich weitertransportieren.

5. Die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Raum müssen neu bestimmt werden.

6. Widersprüchlichkeit und das ständige Entstehen und Verwerfen von Ideen gehört zum Wesenselement des Feminismus und damit auch der Berichterstattung. Das heißt, klare und eindeutig benannte Subjektivität, Streitbarkeit, Kontroverse... Eine spanische Journalistin hat mir gegenüber im Interview erklärt, für sie sei das „aber“ das wichtigste in der feministischen Debatte. Immer wieder Widerspruch anzumelden und sich auch selbst in Frage zu stellen, anstatt neue „Wahrheiten“ zu produzieren.

7. Verantwortung als ethisches Prinzip. Verantwortung sowohl gegenüber InterviewpartnerInnen (die ich, so die Aus-

sage einer Journalistin mir gegenüber, manchmal vor ihren eigenen Aussagen schützen muß) als auch gegenüber dem Publikum.

Daraus folgend als methodische Konsequenzen:

„Betroffene“ sprechen zu lassen, kein ExpertInnenkult. Reflexiv arbeiten, die Bedingungen der eigenen Arbeit zum Thema machen bzw. dialogisch arbeiten. Versuchen, hierarchische Strukturen abzubauen, zumindest abzuflachen, ohne damit auf Verantwortlichkeiten zu verzichten.

Wie gesagt, diese Kriterien, obschon teilweise von Kolleginnen selbst formuliert, sind idealtypische, keineswegs von allen jederzeit im journalistischen Alltag eingelöst. So klagen die Macherinnen regionaler feministischer Zeitschriften über die mangelnde Kommunikation mit „der Frauenszene oder -bewegung“. Dialogisch funktionieren tatsächlich die wenigsten Medien, auch die feministischen. Möglicherweise bringen technisch neue Angebote wie das Internet, das prinzipiell nicht-hierarchisch und dialogisch strukturiert ist, da noch andere Möglichkeiten mit sich. Obschon ich skeptisch bin, was die spezifische Nutzung und Nutzbarkeit von und für Frauen anbetrifft.

Was bedeuten feministische Medien für die Medienstruktur insgesamt und für den öffentlichen Diskurs von Frauen?

Immer wieder wird die Auseinandersetzung um feministische Medienarbeit eingepreßt in die Alternative „Ghetto oder Nische“. An der Diskussion in der Berliner „taz“ läßt sich die Debatte ex-

emplarisch nachvollziehen. Soll es eine Frauenseite geben oder sollen Frauenthemen auf allen Seiten vorkommen? Diese Frage wurde und wird in der „taz“ zyklisch neu diskutiert und je nach dem, ob die zuständige Redakteurin gerade resigniert das Handtuch wirft oder voller Elan neu einsteigt, wird die Frage unterschiedlich beantwortet. Deutlich ist jedoch, daß jeweils in Phasen ohne eigenständige Seite die Frauenberichterstattung insgesamt deutlich abnimmt. Solange die Nachrichtenselektionskriterien die oben formulierten Prämissen nicht ansatzweise berücksichtigen, fallen diese Themen durch das Raster. Hängen bleiben eben § 218, die neue Frauenministerin oder die Pekinger Weltfrauenkonferenz.

Unter diesen Voraussetzungen bleibt feministische Medien die Funktion vorbehalten, neue Themen zu setzen. War vor 10 Jahren die Diskussion um sexuellen Mißbrauch noch weitgehend tabuisiert, so kommt heute selbst der Tatort zur sonntäglichen Prime-Time mit diesem Thema daher. Doch an diesem Thema wird auch deutlich, daß keine Position unangetastet bleibt. Das Gegengefecht läuft schon länger. Die sogenannte Diskussion um den „Mißbrauch des Mißbrauchs“ dreht das Rad wieder um mehr als 10 Jahre zurück. Doch zugleich gilt es heute andere Diskussionen weiterzutreiben. Es ist nicht mehr länger notwendig und gar nicht klug, das Bild einer geschlossenen Identität oder einheitlichen Vision von Frauen zu entwerfen. Die Diskussion um Differenzen kann und soll, so meine ich, viel offensiver geführt werden. Wesentlich dabei ist allerdings, daß es eine Diskussion ist. Daß keine Ansprüche auf „Wahr-



heit“ schlechthin dabei präventiv formuliert werden. Genau an diesem Punkt nämlich entsteht für mich das Problem, wenn ich mich mit der Frage beschäftige, ob die EMMA nach oben beschriebenen Kriterien als feministisches Medium zu bezeichnen ist. Sei es in einem Schwerpunktheft zum Thema Fundamentalismus, in dem EMMA von islamischen Frauen des Rassismus bezichtigt wurde, sich den vielfachen Bemühungen um öffentliche Auseinandersetzung jedoch nicht stellte, sei es in den aktuellen Auseinandersetzungen um den Kölner FrauenMediaTurm, bei denen eine Journalistin, die kritisch über Alice Schwarzers Hausherrinnen- und Arbeitgeberinnen-Rolle berichtet hatte, kurzerhand mit Hausverbot belegt wurde – deutlichere Formen der Diskussionsver-

weigerung gibt es nicht. Da Diskursivität, die Fähigkeit, die eigene Position zur Diskussion zu stellen, und die Reflexion der eigenen Arbeitsweise jedoch unverzichtbarer Bestandteil feministischer Debatte und damit auch feministischer Berichterstattung ist, setzt sich EMMA selbst ins Aus. Umso mehr eine Herausforderung, den feministischen Diskurs unter Journalistinnen und Rezipientinnen ohne Übermutter zu führen.

(Dieser Beitrag beruht auf einem 1995 gehaltenen Vortrag.)





Brigitta Huhnke
Medienwissenschaftlerin,
Journalistin

POLITISCHE

BERICHTERSTATTUNG –

Ausgrenzende Strukturen der Nachrichtenpraxis

Was gehört zum Wesen einer Nachricht? Alle meinen zu wissen, was das ist, doch es mangelt an eindeutigen Definitionen: „No reporter, no editor or publisher, no critic, in short nobody knows what news is“ (Sigal 1978, 109). Verbindlich scheint immer noch ein eher pragmatisches Verständnis, wonach „news is whatever the news media publish or broadcast“ (Sigal 1978, 110).

Zunächst ist machtkritisch ganz allgemein von Folgendem auszugehen: Die Art und Weise, in der MedienarbeiterInnen gesellschaftliche Realitätspartikel zu journalistischen Produkten verarbeiten, wird zum einen durch die sozialen und politischen Standpunkte derjenigen bestimmt, die an der Nachrichtenherstellung beteiligt sind. Diese Individuen können ihre Entscheidungen jedoch nur bedingt autonom treffen, sind sie doch immer auch an spezifische Machtkonstellationen und Produktionsbedingungen gebunden. Gatekeeperfunktionen wie Ressort- oder Redaktionsleitung haben in den deutschen Nachrichtenmedien fast ausschließlich Männer inne. Solche grundlegenden Zusammenhänge werden kaum problematisiert. Für „Nachricht“ hat sich stattdessen seit Mitte der siebziger Jahre die griffige Formulierung

„Konstruktion von Realität“ etabliert, die mit Hilfe von Nachrichtenfaktoren (Schulz 1976) hergestellt wird. Damit wird zwar ein naiver, aber in der Praxis noch immer weit verbreiteter Glauben an eine im journalistischen Produkt erreichbare Objektivität hinterfragt. Wie hoch der Nachrichtenwert ist, richtet sich für Schulz nach der Wahrscheinlichkeit, für ein Ereignis Aufmerksamkeit zu erreichen. Weder problematisiert er damit das Normen- und Wertesystem, noch diskutiert er die Machtkonstellationen, die bis in die Nachrichtenpraxis hineinwirken und den Herstellungsmodus journalistischer Produkte bestimmen. Um das Problembewußtsein für diese komplexeren Zusammenhänge zu schärfen und den Handlungsaspekt zu betonen, schlägt Robinson vor, statt von Nachrichtenwerten treffender von Nachrichtenentscheidungen zu sprechen (Robinson 1978, 90). Solche Entscheidungen erscheinen dann nicht als Ergebnis eines Reporters, sondern sind das Produkt zahlreicher professioneller und organisatorischer Entscheidungen¹. Deshalb soll anhand der zentralen Faktoren bzw. Nachrichtenentscheidungen: Sensation, Status, Personalisierung, Negativismus exemplarisch diskutiert werden, warum mit solchen Nachrichtenentscheidungen sich immer Strukturen herstellen lassen, durch deren Raster frauenrelevante Themen bzw. politische Akteurinnen fast zwangsläufig fallen müssen.

Die Sensationen

Bevorzugt werden in der Praxis solche Informationen, aus denen sich Ereignisse mit einem sichtbaren und faktischen Gehalt sowie zeitlich begrenzter Dauer

herstellen lassen: Nachrichten sind schnell verderbliche Ware. Für die Konstruktion einer Sensation müssen sich Anfang, Verlauf und Ende eines ‚ungewöhnlichen‘ Ereignisses möglichst Schlag auf Schlag vollziehen. „Was kümmert uns die Sau, die gestern durchs Dorf lief?“, lautet eine andere geflügelte Insiderwendung. Damit haben gesellschaftliche Problemfelder mit alltäglichem Erscheinungsbild kaum eine Chance, als nachrichtenswürdig anerkannt zu werden, da hierfür ein analytischer Zugang gefunden werden muß, wenn der griffige Aufhänger fehlt. Damit sind aber auch umfassendere Rechercheprobleme verbunden. Doch vieles, was für die Lebenswelt von Frauen wichtig ist, entzieht sich der Form zeitlich eingrenzbarer Ereignisse und läßt sich schlecht mit Sensationskriterien wie Superlativen fassen:

„Die tausendfachen Formen der Unterdrückung von Frauen begannen schließlich nicht erst letzten Donnerstag aufgrund eines Präsidentenerlasses; sie bestehen seit Jahrhunderten und sind immer wieder langsam den wechselnden sozialen und technologischen Gegebenheiten angeglichen worden“
(Pingree/Hawkins 1980, 73).

Doch ohne Bezug zu den historischen und sozialen Dimensionen der Diskriminierungen ist diese Realität eben kaum zu fassen. Aus feministischer Perspektive verstecken sich die „Sensationen“ weiblicher Realität also eher in der nicht erkannten, patriarchal geprägten Banalität des Alltags mit seinen subtilen Ausgrenzungsmechanismen und Gewaltphänomenen.

FRAUEN IN DEN MEDIEN

Personalisierung von Ereignissen und Erscheinungen

Handelnde Personen kommen dem Bedarf nach Anschaulichkeit und Identifikationsangeboten entgegen. Und entlang von Personen ist ein Ereignis journalistisch auch leichter „erzählbar“ als in Form der unter Umständen abstrakteren Darstellung von Hintergründen. Im Prinzip ist gegen diese Form der Realitätsbearbeitung, die zum Wesen des Journalismus gehört, auch nichts einzuwenden, solange die gesellschaftlichen Strukturen hinter den Erscheinungen nicht völlig verschwinden, politische und auch andere Ereignisse in ihren Bedeutungen nicht individualisiert werden. Doch ob der/die HandlungsträgerIn eines Realitätspartikels für eine Nachricht als tragende Figur anerkannt wird, hängt vom Grad der Bekanntheit ab. Je höher das Prestige und je umfassender der Kompetenzbereich innerhalb der jeweiligen Machteliten ist, um so bedeutender wird eine Person für die Nachrichtenherstellung: Namen sind Nachrichten. Da aber alle Eliten der Gesellschaft von Männern dominiert werden, ist auch die Statusfrage eng mit dem Geschlecht verbunden. So bestehen also nur geringe Möglichkeiten, mit dem gängigen Nachrichtenblick Expertinnen² als Identifikationsfiguren zu finden. Auch im Umfeld der Frauenbewegung gestaltet sich die Suche nach statushohen weiblichen Persönlichkeiten immer noch schwierig.

Der Negativismus

Und schließlich gilt: Only bad news are good news. Der Faktor Negativismus begünstigt das öffentliche Erscheinen von Frauen im Opferstatus, allerdings nur, wenn spektakuläre Umstände, also auch



die ‚Sensation‘, eine Rolle spielen. So gehört es zwar zur gesellschaftlichen Erfahrung von Frauen, qua Geschlecht häufiger als Männer physischen, psychischen oder auch strukturellen Gewaltakten zum Opfer zu fallen. Doch diese Alltagsgewalt als Ausdruck gesellschaftlicher Normalität zu beschreiben, birgt wenig Brisanz. Für die journalistische Praxis bekommt sie nur dann einen Wert, wenn sich dieser banalen Normalität spektakuläre oder kuriose Momente abgewinnen lassen, denn: news is what's different, lautet eine andere journalistische Weisheit. Delikte wie ‚Vergewaltigung‘ werden dann auf der Ebene von ‚Kriminalität‘ verbucht und allenfalls bei ‚schwerer Diebstahl‘ publizistisch geahndet. So wird die politische Dimension negiert und alltägliche Gewaltakte lassen sich als Auswüchse ein-

zelner Männer gegen einzelne Frauen privatisieren.

Und noch eine zweite Perspektive des Prinzips Negativismus bringt Frauen in die Schlagzeilen: Wenn sie in ihrem Status als Frau offensiv mit Normen brechen. Dann werden bizarre Momente herausgegriffen, die wiederum konventionellen Stereotypen über „solche Frauen“ entsprechen.

Wir untersuchten im Zeitraum 1980-94 die Medien *Spiegel*, *taz*, *Die Zeit*, *dpa* und stellten fest, daß trotz dieser ungünstigen strukturellen Bedingungen für die politische Berichterstattung über Frauen einen Teil der untersuchten Medien dennoch eine positive Entwicklung bescheinigt werden kann. So haben *dpa* und *Die Zeit* im Untersuchungszeitraum ihre Berichterstattung vervierfachen bzw. verdreifachen können. Erstaunlich

FRAUEN IN DEN MEDIEN

die Entwicklung bei der *taz*: Mit unkonventionellen Themen und Recherchemethoden haben die tazlerinnen Anfang der 80er Jahre frauenpolitische Themen für das Mediensystem der Bundesrepublik – auch gegen erhebliche Widerstände in der *taz* – erst „öffentlichkeitsfähig“ gemacht. Doch bereits ab Mitte der 80er Jahre verliert die *taz* nach und nach ihre Initiatorinnenrolle und schafft in den letzten Jahren – insbesondere nach Abschaffung der *taz*-Frauseite – nur noch 40 Prozent der früheren Berichterstattung.

Trotz der positiven Entwicklung bei *dpa* und *Die Zeit* bleibt doch im Ergebnis festzuhalten: Alle vier Medien berichten zu wenig über frauenpolitische Themen. Sie unterscheiden sich nur im Grad der Ausgrenzung durch Nichtthematizierung. Die Anzahl der untersuchten Texte über fünfzehn Jahre – alle vier Medien zusammengenommen – entspricht in etwa einer *dpa*-Produktionsmenge von siebzehn Tagen oder der *dpa*-Sportberichterstattung von ungefähr 30 Wochenenden.

Ausgrenzung durch subtile Diffamierung
Ausführlicher soll nun noch auf die journalistischen und semantischen Strategien eingegangen werden, mit denen deutsche Medien subtile Botschaften über Frauen inszenieren.

Die Tagesmedien *taz* und *dpa*, aber auch die politische Wochenzeitschrift *Die Zeit* berichten im Zeitraum von 1980 bis 1994 weitgehend positiv und sachlich über frauenpolitische Themen, von Ausnahmen im *Zeit*-Feuilleton einmal abgesehen. Dagegen produziert *Der Spiegel* durchgängig Texte, die mit frauenfeindlichen Diskurssetzen durchwirkt sind.

Deren Botschaften appellieren vorrangig an die Affekte.

Themenverschiebungen

Eine typische journalistische Strategie besteht in der Themenverschiebung, die alle drei der untersuchten Themenkomplexe (‚Erwerbstätigkeit‘, ‚Politische Gleichberechtigung‘, ‚Feministische Themen‘) durchzieht. Im Vergleich zu den anderen drei Medien berichtet *Der Spiegel* in den achtziger Jahren nur selten über diese frauenpolitischen Forderungen sowie über das Für und Wider in der öffentlichen Diskussion. Stattdessen spürt das deutsche Nachrichtenmagazin aber in mehreren Stories beharrlich dem „Quotenopfer Mann“ nach und erhebt ihn zum Trend, wie in folgendem Beispiel: *„Quoten – Betr.: Emanzen-Sieg Die sogenannte Frauenquote, mit der die SPD feministischen Wünschen entgegenkam, hat – paradox aber wahr – einen neuen Genossentyp hervorgebracht: den Quotenmann“* (17. 4. 89)

In diesem wie auch in den anderen Artikeln kann für das Phänomen des „neuen Genossentyp“ zwar kein Beleg erbracht werden, der einer sachlichen Überprüfung standhielte. Stattdessen wird mit suggestiven Mitteln des Hochschreibens gearbeitet. Und was schließlich bleibt und wohl auch auf der affektiven Ebene hängen bleiben soll, das sind die kräftigen Assoziationspunkte wie ‚Emanzen-Sieg‘, ‚feministisch‘ und ‚Quotenmann‘, mit deren Hilfe sich einschlägige patriarchale Vorstellungen imaginieren lassen. Solche Botschaften für die Emotionen banalisieren schließlich auch die politischen, sozialen und ökonomischen Ursachen der eigentlichen Frauenforderung. Das Festschreiben der Quote in

der SPD, durchgesetzt erst nach vielen Jahren harter Diskussionen und verletzender Demütigungen von Frauen in den Parteien Die Grünen und in der SPD, wird kurzerhand zu einem Entgegenkommen „feministischer Wünsche“ trivialisiert. Damit entpolitisieren die Verfasser nicht nur die ungleichen Machtverhältnisse und reduzieren sie auf Konflikte unter Gleichen, sondern es findet auch eine subtile Uminszenierung von Opfer-Täter-Verhältnissen statt. Die „Quotenfrau“, also die Kollegin mit angeblich geringeren Leistungen, gehört damit seit den achtziger Jahren zu den wohl verbreitetsten Medienmythen ohne reale Existenz.

Die „Quote“ bzw. „Quotierung“ wird also zu einem Stigmawort uminszeniert, dem ein realer gesellschaftlicher Referenzbereich fehlt. Mit gleicher Strategie wird auch über das ‚Scheidungsoffer Mann‘ eine vermeintliche Benachteiligung inszeniert.

Ein weiteres Lieblingsthema ist für den *Spiegel* der Komplex ‚Prostitution‘. Keine Rolle spielen die gesellschaftlichen Bedingungen dieser Form von Gewalt gegen Frauen. Stattdessen stehen voyeuristische Schilderungen im Vordergrund. Der Nachrichtenwert akribisch recherchierter Details über Preise und sexuelle Leistungsfähigkeiten der Frauen, bleibt der Leserin im allgemeinen verborgen. Der Subtext setzt auf ein Understatement von Mann zu Mann. Anschaulich sind solche Plaudereien aus der internationalen Freiersonne unter anderem in dem *Spiegel*-Titel „Wachstumsbranche Prostitution“ (14. 11. 94) festgehalten. Lobpreisungen über die Prostitution finden sich auch regelmäßig im Politikeil des Blattes. Nach Lektüre der Story:

Prostitution. Mei Büffchen (19. 6. 95) kann der Leser sich auf einen Ausflug nach Leipzig freuen. Das dortige „Eros-Center am Wasserturm“ wird nämlich von einer Frau mit typisch deutschen Tugenden geführt: „*Sie schreibt Arbeitspläne, kontrolliert Abrechnungen, erinnert ihre Mieterinnen an den 14tägigen Gesundheitscheck, und das stets mit guter Laune*“.

Auffällig häufig bedient sich der *Spiegel* in den inhaltlichen Vorgaben bei *Bild* und neuerdings auch bei *Focus*. Wie *Der Spiegel* die *Bild*-Zeitung als Ideenspender nutzt, das soll exemplarisch anhand der eigentümlichen Themenentwicklung „Sexuelle Belästigung“ gezeigt werden. Als Reaktion auf die vom Bundesfrauenministerium geförderte Studie über „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“ (1990) läßt *Bild* eine Leserin stolz auf Seite eins verkünden „*Wir Frauen sind selbst schuld*“ (15. 1. 91). Und im gleichen Tenor darf eine andere die Opfer-Täter-Umkehrung drei Monate später zuspitzen: „*Vor allem jüngeren (gemeint:Männer) ist es peinlich, wenn eine Frau sie so anmacht. Darum haben wir jetzt Partei für die Männer ergriffen*“ (Bild 24. 4. 91). Und über eine EG-Richtlinie heißt es: „*Pfeifen, gucken, zwinkern im Büro verboten*“ (Bild 1. 7. 91). Darüber räkelte sich ein Nackt-Modell: „*Die pralle Eva aus Halle*“. Im Herbst 1991 steigt auch *Der Spiegel* in diese Umkehr ein, zunächst mit einem hausspezifischen Doublebind: In einer kleinen Story wird relativ sachlich über das Problem berichtet. Doch noch bevor sie beginnt, konterkariert die Schlagzeile schon den Inhalt, mit: „*Mädel, küß mich*“ (4. 11. 91). Eine Woche später darf eine Autorin gegen das Gesetzesvorhaben der Ministerien,

sexuelle Belästigungen künftig strafrechtlich zu ahnden, mit einem zynischen Plädoyer antreten: „*Durch Schlagfertigkeit, Humor und Witz können ‚Vorkommnisse‘ statt als ‚Belästigung‘ hochgespielt zu werden, in einer komischen Szene entschärft werden*“ (11. 11. 91). Am nächsten Tag frohlockt *Bild*: „*Neue Fakten. Erotik im Büro macht Männer froh und die Frauen ebenso*“ (12. 11. 95).

Die Umdeutung von Schlagworten: Die „Feministin“ als „Agent Provocateur“
Damit ist eine semantische Strategie angedeutet, die sich ebenfalls durch den *Spiegel*-Diskurs über Frauen zieht: die Umdeutung von feministischen Fahnenwörtern in patriarchale Schlag- und Schimpfwörter. Solche antifeministischen Umdeutungen sind mittlerweile auch in der Sprachwissenschaft als Phänomen bekannt. In dem Nachschlagwerk zum öffentlichen Sprachgebrauch „Brisante Wörter“ finden wir zum Stichwort ‚Feminismus‘:

„*Im negativen Sinn werden Feminismus und besonders die Ausdrücke Feministin und feministisch meist aus der Sicht von Männern abwertend und vor allem auf solche Frauen bezogen, die der Frauenbewegung aktiv angehören und z. B. in politischen Parteien für deren Ziele eintreten. Ihnen wird übertriebene Männerfeindlichkeit und Männerhaß unterstellt, wenn sie (angeblich) z. B. an matriarchalischen Mythen und Traditionen oder an einen irrationalen Mutterkult anknüpfen und dabei die weibliche Geschlechtsrolle nach Meinung ihrer Gegner überbetonen.*“ (Brisante Wörter 1988, 107). Beim *Spiegel* nimmt die Feministin noch stärker als die Quote die Funktion eines ‚Agent Provocateur‘ ein. Diese Bezeich-

nung wird fast ausschließlich in diffamierender Absicht verwendet und nicht wie in der ursprünglichen Bedeutung als eine Bezeichnung für Frauen, die sich politisch gegen patriarchale Gewalt und für Frauenrechte engagieren.

Eine durchgängige, seit 1975 erkennbare *Spiegel*-Methode besteht darin, die Feministinnen als etwas zurückgebliebene Geschöpfe vorzuführen, die sich in die modernen Zeiten des immer wieder herbeigeschriebenen Postfeminismus nicht einfinden wollen.

Auffallend häufig über den gesamten Untersuchungszeitraum findet sich das Adjektiv „feministisch“ eingebettet in eine aggressive Kampf- und Kriegsmetaphorik. Da „säubern“ beispielsweise „feministische Theologinnen“ die Bibel, geraten weibliche Aktivitäten zu „feministische Attacken“. Mit Bezeichnungen wie „feministische Stalinorgel“ oder „Kampfdress der feministischen Wehrsportgruppe“ werden Assoziationen bedient, die Frauen in die Nähe von Terroristinnen und faschistischen Regimen rücken.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, wie systematisch „Feministin“, „Feminismus“ bzw. „feministisch“ mit negativen Konnotationen versehen werden. Der semantische Kampf gegen die Frauen wird nicht argumentativ geführt, sondern unter Umgehung rationaler Argumentationen und Begründungen dazu gebraucht, ein vermeintliches Einverständnis auf der emotionalen Ebene herzustellen. „Feminismus“ deutet *Der Spiegel* also zu einem negativen Schlagwort mit vorgeblichem ‚Wahrheitsgehalt‘ gegen Frauen um.

Damit wird auch unter historischen Aspekten eine Tradition patriarchaler

FRAUEN IN DEN MEDIEN

Umdeutungen fortgeschrieben. Die Feministin stellt nur die neueste Variante antifeministischer Schimpfworte zur Charakterisierung politisch aktiver Frauen dar.

Sexualisierung politischer Sachverhalte

Ein weiteres Strukturmerkmal ist die Erzeugung sexuellen Nebensinns. Häufig kommen solche Narrationen in Texten über weibliche Erwerbstätigkeit vor, und besonders krass, wenn die Arbeitssituation nicht-akademischer Frauen beschrieben wird.

So beginnt eine *Spiegel*-Story über Polizistinnen folgendermaßen:

„Polizei – ‚Bulletin‘ an die Front Die hochrangige Herrenrunde war entzückt, als hätte sie soeben ein leckeres Lachsparfait verspeist. Selten zuvor hatte in der Konferenz der bundesdeutschen Innenminister ein Thema soviel Eintracht und Wohlgefallen verbreitet wie der Tagesordnungspunkt 14: ‚Frauen im Vollzugsdienst der Schutzpolizei‘ (...) Stimuliert von der netten Runde(...) hat nun auch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) beschlossenen weibliche Verstärkung ins Glied rücken zu lassen‘ (15. 6. 87).

Schon in der Überschrift werden metaphorische Konzepte aus den Bereichen Krieg bzw. Kampf sowie Konsum eingeführt. Streiten läßt sich zwar über die Bedeutung von „Bulletin“. Zum einen kann damit – quasi als *Spiegel*-Manierismus – das feminine Pendant zu „Bulle“ für Polizist gemeint sein. Unter dem lautlichen Aspekt liegt aber auch die Assoziation zum eingedeutschten französischen Ausdruck „Bulette“ für Fleischkloß bzw. Frikadelle nahe. Aber genau mit dieser möglichen Zweideutigkeit

läßt sich eben der Leseanreiz provozieren. Der folgende Einstieg versorgt dann aber in jedem Fall beide Metaphernfelder mit neuen Reizworten. Die ohne journalistischen Beleg auskommende auktoriale Behauptung, die „hochrangige Herrenrunde“ habe „entzückt“ beim Tagesordnungspunkt „Polizistinnen“ an „leckerem Lachsparfait“ gedacht, eröffnet nun eindeutig den Assoziationsrahmen für den Objektbezug: Der Verfasser vergleicht Polizistinnen mit einem lukulischen Konsumartikel. Damit lassen sich Frauen als eine Art Ware in die Vorstellungswelt integrieren. Die Stichworte „Eintracht und Wohlgefallen“ signalisieren die ‚positive‘ Wertung dieses Konnotationsumfeldes. Und das Verb „stimuliert“ lenkt die Vorstellung auf Kontexte mit sexualträchtigen Tätigkeiten. In der Wendung „weibliche Verstärkung ins Glied rücken“ verschmelzen schließlich die beiden metaphorischen Felder zu einem neuen mit sexualträchtiger Aussage. „Weiblich“, zuvor bestimmt durch die Konnotationen von entzückt, „Lachsparfait“ und „stimuliert“, trifft hier auf die militärische Wendung „ins Glied rücken“, der sie damit zugleich eine eindeutige Zweideutigkeit verleiht und damit auch das metaphorische Konzept des Krieges miteinbeziehen. Recherchieren lassen sich solche Details im journalistischen Sinne nicht. Fiktionen ersetzen hier Fakten. Mit ihnen lassen sich klischeehafte Assoziationsströme provozieren.

Eine letzte Probe aus einem Kulturaufmacher, der vorgibt, sich mit einer feministischen Studie auseinanderzusetzen, soll zeigen, wie die Hybris des Frauenhasses im *Spiegel* bisweilen auch Züge des Wahnhaften annehmen kann:



„Kultur – Die Drohne der Schöpfung“ Das Urteil des Feminats ist längst gesprochen, der Prozeß geht trotzdem weiter. Verurteilt: der Mann wegen unverbesserlichen Mannseins. Die Strafe: lebenslanglich Objekt feministischer Beziehungsliteratur zu bleiben (...) Die Aussicht auf Bewährung: gegen Null. Soweit die Lage im groben und ganzen. Trotzdem kann es für den Mann nützlich

sein, die feministischen Strafpredigten genau zu verfolgen. Denn auch wenn Frau den Stab gebrochen hat: der Trieb treibt trotzdem. Der fortschrittliche Mann muß wissen, wie er, den alten Adam unterm lila Büßergewand versteckt, frauenbewegungsmäßig am besten durchkommt. Die Zeiten, da er sich mit der demütigen Hocke beim Pinkeln als praktizierender Feminist meinte ausweisen zu können, sind vorbei. Frauen sind nicht nur penibel, sie sind sensibel. Busen wogen gern für Büßer...“ (31. 8. 92) Vom Standpunkt einer allwissenden Erzählperspektive brechen sich hier Angst und Aggression aufs Papier, die auch als Vergewaltigungsphantasma gewertet werden können. Doch solche sado-masochistischen Phantasmen bekommen ebenfalls den Charakter von „Wahrheiten“ verliehen, auch wenn sie – oder gerade weil sie – ganz offensichtlich mit kollektiv verankerten Niederungen sexistischer Phantasien und Potenzängste korrespondieren. Diese Formen des story-telling können als Menschenverachtung erst erkannt werden, wenn sie beim Leser nicht auf entsprechendes ‚Vorwissen‘ treffen.

Kampf, Körper und Krieg: Die Funktion metaphorischer Konzepte
Auffallend häufig sind diese herausgearbeiteten Strukturmerkmale in metaphorische Konzepte der Bedrohung eingebettet. Ihre „Überzeugungskraft“ ziehen sie ebenfalls aus der kulturellen Tradition. Antifeministische Diskurse enthalten fast immer Elemente der Kriegs- und Kampfmetaphorik, aber auch masochistische Vorstellungen über Strafen bzw. Inquisition. Mit diesen „Wurzelmetaphern“ (Sander L. Gilman 1992)

können dann die Phänomene weiblicher Partizipation als das Andere assoziativ erfaßt und in bestehende Gefühls- und Wahrnehmungsmuster eingeordnet werden. So findet auch mit Hilfe von metaphorischen Verdichtungssymbolen eine übergeordnete Verschiebung statt, nämlich weg von den politischen Kontexten weiblicher Partizipation hin zu den virilen Bilderwelten des Krieges oder anderer Formen der Repression. Mit solchen narrativen Konventionen bieten auch andere rechts-konservative Medien wie *Focus* oder *Bild* Vorlagen für die Interpretation politischer Leistungen von Frauen. Nicht die Politikfähigkeit, sondern das Geschlecht steht zur Disposition. Folgende Klischeevarianten sind dabei unter anderen anzutreffen:

1. Das Klischee „erotischer Funken-schlag“ trifft häufig jüngere Frauen konservativer Parteien, die allenfalls mit gemäßigten Frauenforderungen an die Öffentlichkeit treten, patriarchale Männerphantasien aber nicht grundsätzlich bedrohen. Ende des Jahres 1994 brachte *Der Spiegel* die Story: „CSU-Frauen auf-treiben“. Gleich am Anfang ist über die CSU-Landrätin Gabriele Pauli folgendes zu lesen: „Seit einer halben Stunde sitzen die Herren im feinen ‚Yachthotel‘ am Chiemsee schon zusammen. Da öffnet sich leise die Tür zum Tagungs-saal: Ein roter Lockenkopf lugt durch den Spalt, kurz darauf erscheint ein schwarzer Lack-Minirock. Auf hochhackigen Pömps stöckelt Gabriele Pauli, 37, zu ihrem Platz.“ (14. 11. 94)³

2. Äußerst aggressiv kommt die Körpermetaphorik zum Einsatz, wenn über Politikerinnen berichtet wird, die für feministisches Engagement bekannt sind. Solche ‚unabhängigen‘ Frauen

gehören bei *Bild* und *Spiegel* zum beständigen Feindbild. Auch prominente Frauenrechtlerinnen sind vor einschlägiger Fleischschau nicht sicher. Und „Eine Emanze im Weißen Haus“ (*Der Spiegel* 18. 1. 93), das ist Hillary Rodham Clinton. Gönnerhaft werden zwar in diesem Report die beruflichen Leistungen der angesehenen Anwältin respektiert, vor ihrem Machthunger aber wird gewarnt. Die wortmächtige Feministin verfemt *Der Spiegel* so: „Hüftabwärts schon immer etwas zur Fülle neigend, erreichte sie vor einem knappen Jahrzehnt, als junge Gouverneursfrau, das dem Selbstwertgefühl wohl abträglichste Format: überschwere Beine, ausladendes Hinterteil, Mondgesicht. Erst in jüngster Zeit wurde, mit dem Weißen Haus im Visier, beinahe jenes Idealgewicht zurückgewonnen, das den aggressiven Rasenhockey spielenden Teenager Hillary Rodham (...) ausgezeichnet hatte“ (18. 1. 93).

Mit ähnlichen Phantasievorlagen hatte *Bild* schon Monate zuvor seine Kundschaft bedient: „Sie ist nicht schön, aber brillant, leicht vorstehende Zähne, nasale, das ‚R‘ rollende Stimme, Sprung-schanzennase, extrem starke, blau getönte Kontaktlinsen, ist blond gefärbt (sonst mausbraun). Eine Fighterin.“ (5. 11. 92). Ob Hillary Clinton oder deutsche Politikerinnen – detailreiche sexistische Anspielungen machen die Mischung solcher Stories. *Spiegel*-Männer erstarren vor weiblichen Intellektuellen. Statt die Arbeit von Politikerinnen rational zu kritisieren, machen sie sich daran, ihre Körper oder andere Intimsphären ihrer Identität zu denunzieren.

3. Elemente der Kriegs- und Kampfmetaphorik durchziehen Diskurse über Poli-

tikerinnen, die sich ein sehr eigenständiges Profil erarbeitet haben und im Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten für bestimmte Werte stehen. Zu dieser Gruppe gehört Hildegard Hamm-Brücher, FDP-Politikerin und Präsidentschaftskandidatin von 1994.

In der medialen Kampagne (Huhnke 1995) gegen diese Frau läßt sich eine bemerkenswerte Kooperation von *Der Spiegel* und *Focus* belegen. Beide reduzieren die politische Bedeutung dieser Frau, die wie kaum eine andere noch aktive Politikerin mit der Nachkriegsgeschichte unseres Landes verwoben ist. Beide Blätter begnügen sich nicht nur mit der für den damaligen Wahlkampf von der CDU und rechten FDP-Kreisen vorgegebenen Strategie, sie als „Zählkandidatin“ zu stigmatisieren, sondern ergänzen diese Reduktion zudem noch mit einer Verleumdungsstrategie.

Die Illustrierte *Focus* beginnt im Oktober 1993 die Kampagne mit: „Versuch der alten Dame“ (18. 10. 93). Der Tenor dieser Geschichte, die ohne Fakten und Belege auskommt: Sie verfüge nicht einmal in der eigenen Partei über genügend Unterstützung. Ein Grund: Sie habe 1989 die DDR-Flüchtlinge verraten.

Die zweite *Focus*-Story verkündet: „Bedingt glaubwürdig. Die FDP-Präsidentschaftskandidatin, ihr Glorienschein und die Wirklichkeit“ (6. 12. 93).

Hier wird der Kandidatin unterstellt, ihre Aufrichtigkeit sei Legende. Bei der politischen Wende 1982 in Bonn habe sie nicht die sozialliberale Koalition versucht zu retten, sondern lediglich ihre 13 600 Mark als Staatsministerin (Der Schacher der feinen Dame). Und zur Bedeutung ihrer Kandidatur wird lediglich

festgestellt: „Doch Alter schützt vor Ehrgeiz nicht“.

4. Mit einem eigentümlichen Mischcode aus der Kriegs- und Körpermetaphorik werden auch die Aktivitäten ganz junger Frauen aus der Musik- und Jugendbewegung, ‚journalistisch‘ erschlossen. So beginnt ein Bericht über Anhängerinnen des „Girlism“ folgendermaßen:

„Die Bombe von nebenan – Sie tragen Blümchenrock und Kampfstiefel, sie wollen wild und feminin sein, freizügig und egoistisch; sie nennen sich Mädchen, Girlies oder Babes – eine neue Generation von jungen Frauen kämpft für einen neuen Feminismus und lebt ihre eigene Vorstellung von Weiblichkeit: viel Sex, viel Spaß und kein verbissener Männerhaß“ (Der Spiegel 21. 11. 94).⁴

Ein Subthema dieses Berichtes zielt auf die Abrechnung mit den Feministinnen. In einem anderen vertieft sich der *Spiegel*-Schreiber diffizil in die angeblichen sexuellen Ausschweifungen dieser neuen Frauengeneration von „Lolitas“, voyeuristisch ‚belegt‘ mit metaphernkräftigen Wendungen, unter anderem mit einer Songzeile der Musikerin Liz Phair „Ich fickte dich, bis dein Schwanz blau ist“. Der so imaginierte Mythos von der vagina dentata verweist auf ein Urbild männlicher Kastrationsängste und taucht als ‚Recherche-Bonmot‘ ein halbes Jahr später noch einmal auf, in dem Artikel: „Geschlechter. Die Schöne und das Biest“ Da heißt es aber plötzlich auch: „Aber nun treten auch die älteren Frauen zu. Ihre Kampfstiefel sind Pumps, die Rüstung von Rodier, silbrig glänzt das Auge: Stahl denkt der Kopf“ (Der Spiegel 22. 5. 95).

Bleibt zu fragen, inwieweit diese Medienangebote auf Bewußtseinsprozesse wir-

ken? Eins ist klar: Medien begleiten Männer und Frauen lebenslang und wirken im Verbund mit anderen Sozialisationsinstanzen auf die Vergesellschaftung der Subjekte ein. Die „männerbündische Fundierung politischer Ordnung“ (Kreisky 1995) funktioniert auch in der politischen Berichterstattung. Das politische Subjekt Frau bekommt allenfalls am Rande eine Existenzberechtigung zugestanden.

Stellen Frauen dieses rigide System der Zweigeschlechtlichkeit durch aktive Teilhabe in Arbeitswelt, Politik und in der sogenannten privaten Sphäre infrage, bekommen sie die irrationale Macht der Männerbünde zu spüren. Die Analyse journalistischer und semantischer Strategien am Beispiel des *Spiegel* zeigt, wie je nach Bedeutung der politischen Akteurin bzw. des jeweiligen frauenpolitischen Themas die Autoren mit der Magie sexueller Anzüglichkeiten oder einer aggressiven Bedrohungsmetaphorik arbeiten. Diese „Zeichen in männlichen Diskursen“ (Rakow/Kranich 1991) werden zu kollektiven Verdichtungssymbolen, mit denen sich einschlägige Assoziationsketten der Abwehr auslösen lassen. Die aggressiven Botschaften verraten aber auch, wie brüchig die eingeschlechtlichen Machtstrukturen in Politik und Gesellschaft mittlerweile doch schon geworden sind: „Die Idee des Männerbundes ist in ihrem wahren Kern ein Kampfprogramm gegen Ängste“ (Kreisky 1995, 111). Männliche Selbst- und Fremdbilder sind in Gefahr, Frauen nicht mehr nur noch Opfer. Das aber ist allein das Verdienst der Frauen, die sich in der größten Befreiungsbewegung dieses zu Ende gehenden Jahrhunderts engagiert haben.

Anmerkungen

(1) Vgl. hierzu auch die Ergebnisse der Gatekeeper-Forschung, die eher personenzentriert Entscheidungsprozesse in den Redaktionen beschreiben. Diese resultieren wiederum aus den jeweils zu bestimmenden sozialen Standpunkten, herrschenden Stereotypen und den darauf aufbauenden journalistischen Konventionen. Unter anderem: Robinson (1973); Sigal (1978).

(2) Allerdings konnte für die zweite Hälfte der achtziger Jahre für einzelne Medien ein leichter Wandel festgestellt werden. Anhand der dpa-Berichterstattung läßt sich dokumentieren, daß die größere Anzahl von politischen Akteurinnen in etablierten Politikfeldern („Süssmuth-Effekt“) auch zu einer umfassenderen Berichterstattung geführt hat (Huhnke 1994).

(3) Befragt zu diesen Schilderungen, bestätigte G. Pauli – deren Haarfarbe dunkelbraun ist – sowie einer ihrer Mitarbeiter, sie habe dort nie diese Art von Kleidung getragen.

(4) Presseberichte dieser Art waren für die Anhängerinnen des Girlism Anlaß, im April 1995 die Tagung „Mädchen – Hype – und wie plötzlich alles anders war“ in Stuttgart zu veranstalten. In ihrem dort gehaltenen Referat stellt Jessica Nitschke zu *Spiegel*-Berichterstattung fest: „Über die Strategien Lächerlichmachen, Ausgrenzen und in dem politischen Fordern zum persönlichen Problem herabgewürdigt wird, werden Radikalfeministinnen diffamiert. Den superlegitimen Anspruch der Girlies auf „Spaß, Sex, Freiheit“ benutzt der *Spiegel*-Artikel, um eine Zäsur festzuschreiben. Die soll jetzt zwischen der jetzigen Mädchengeneration und der

Frauengeneration verlaufen, die in den 70er und 80er Jahren sich im Kampf um Gleichberechtigung engagiert hat. Mit dem Schreckensbild der verhärmten, verbitterten und männerhassenden Emanze wird ein altbekanntes unästhetisches Negativimage weitertransportiert: Es soll Frauen seit dem Beginn der Emanzipationsbewegung davon abhalten, sich mit Feministinnen zu identifizieren und so gleichzeitig mit der Idee des Feminismus“.



Im Gespräch mit Karin Gabbert

Wir fragten Karin Gabbert, die seit Juli 1995 die Frauenredaktion bei der Berliner Tageszeitung taz übernommen hat, mit welchen Vorstellungen und Wünschen sie der Frauenseite gegenübersteht. Zu Beginn unseres Gespräches betont Karin Gabbert, daß sie auf jeden Fall die Frauenseite erhalten möchte, obwohl sie selbst dazu ein eher gespaltenes Verhältnis hat – es ist die Angst vor dem Leben auf einer selbst geschaffenen Insel. Ihre Vorstellung ist es, in allen Ressorts aus Frauensicht Flagge zu zeigen. Um dieses Spagat zwischen „Frauenecke“ und der „wahren Politik“ zu bewältigen, erarbeitet sie sich selbst eine klare Position und wünscht sich, daß sich die Diskussions- und Streitkultur unter Frauen wieder beleben möge. Frauen sollten untereinander konstruktive Netze der Kommunikation spannen, um tatsächlich ein breites Bild von Frauenrealität widerspiegeln zu können. Derzeit beklagt sie ihre „einsame“ Stellung als Frauenredakteurin – Journalismus auf

dem Nebengleis? Wohl kaum, wären sich Frauen ihrer Öffentlichkeit bewußt und schrieben scharfzüngige, witzige, gesellschaftskritische Texte, käme es einem mittleren Erdbeben gleich. Damit diese Frauen zukünftig ihren Platz in der *taz* finden, will Karin Gabbert eine zweite Frauenseite erstreiten. Geplant sind feste Rubriken, wie: eine Kolumne, Kommentare zum Tagesgeschehen, ein Weiber-Comic, eine Kurzrezension und aktuelle Infos. Welchen Namen diese heißen Seiten tragen werden, bleibt Karin Gabberts Weihnachtsüberraschung. (A.M.)



Margret Lünenborg

Journalistin

EICHTLOHN-GRUPPE
IM JOURNALISMUS

Direkte und indirekte Benachteiligung – Journalistinnen in Deutschland

„Leichtlohn-Gruppe im Journalismus!“ Zugegeben, die Schlagzeile wäre vielleicht etwas übertrieben. Aber die Feststellung, daß diejenigen, die am besten qualifiziert sind, am schlechtesten bezahlt werden, müßte eigentlich Empörung in der Zukunft auslösen. Tut es aber nicht, schließlich sind es nur Frauen.

„Die Bezahlung der weiblichen journalistischen Arbeit ist bis in die jüngste Zeit schlecht.“ Das schrieb Otto Groth 1930. Geändert hat sich daran in den letzten 64 Jahren wenig. 500 DM verdienen Journalistinnen im Durchschnitt Monat für Monat netto weniger als ihre Kollegen. Leitungspositionen, in denen Frauen deutlich seltener vertreten sind, blieben bei der Berechnung außen vor. Die 6000 bis 8000 Mark Differenz im Jahr beruht allein auf dem Geschlechterunterschied. Das dokumentiert die Studie „Frauen im Journalismus“, die jetzt von der Münsteraner Forschungsgruppe „Journalismus in Deutschland“ (JouriD) im Auftrag der IG Medien erstellt wurde. „Frauen werden (auch) deshalb schlechter bezahlt, weil sie Frauen sind. In dieser Hinsicht kann von einer direkten Benachteiligung gesprochen werden“, konstatiert das Forschungsteam unter der Lei-

tung von Professor Siegfried Weischenberg. Neben dieser direkten Diskriminierung stoßen die Wissenschaftler noch auf verschiedene Formen der indirekten Ungleichbehandlung. So spielen Familienstand, Ressort- und Medienzugehörigkeit sowie die Dauer der Berufstätigkeit eine entscheidende Rolle für die monatliche Gehaltssumme.

Weitgehend unberücksichtigt in bezug auf Geld und Aufstieg bleibt dagegen die Qualifikation. Und genau da haben Frauen die Nase vorn. Journalistinnen haben häufiger als ihre Kollegen ein Hochschulstudium abgeschlossen. Außerdem verbinden sie häufiger theoretische und praktische Ausbildung miteinander. Die Meßlatte, so heißt es in der Studie, werde für Frauen beim Berufseintritt höher gelegt als für Männer. Finanziert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft hatte die Münsteraner Forschungsgruppe 1992 eine Vollerhebung aller Journalistinnen und Journalisten in der Bundesrepublik durchgeführt. Auf dieser Grundlage wurden Interviews mit 1498 Personen geführt. Für die IG Medien werteten die Wissenschaftler einige der vorhandenen Daten unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten aus. Im Mittelpunkt stehen dabei einerseits demographische Angaben zu Alter, Familienstand, Kinderzahl und Lebenssituation von Journalistinnen und Journalisten. Daneben spielt ihre Verteilung auf die verschiedenen Medien, Ressorts und Hierarchien eine Rolle. Außerdem wird die Arbeitszufriedenheit, die Art der journalistischen Tätigkeit und das berufliche Selbstverständnis von Frauen und Männern vergleichend beschrieben. Doch die Art der Datenerhebung kennzeichnet auch die

Grenzen ihrer Aussagefähigkeit. Wo der Schwerpunkt auf der Erhebung standardisierter, repräsentativer Aussagen liegt, geht die Tiefe im Detail zuweilen verloren. Kontroverse berufsspezifische Diskussionen um das journalistische Selbstverständnis können nur schwerlich in standardisierten Antwortoptionen erfaßt werden. Gerade in bezug auf die Situation einer „machtfernen Minderheit“ – und als solche müssen Journalistinnen noch immer betrachtet werden – läuft ein solches Verfahren Gefahr, den Perspektivenwechsel zu verpassen. Wird die Situation von Journalistinnen ausschließlich vor der Folie des männlichen Berufsentwurfs bewertet, so fällt das Urteil zwangsläufig negativ aus.

Ein knappes Drittel machen Frauen im journalistischen Berufsstand mittlerweile aus. Relativ stärker vertreten sind sie dabei in den Zeitschriften mit 41,8 % und dem kommerziellen Fernsehen mit 39,8 %. Ausgesprochen schlecht vertreten sind Frauen dagegen bei Anzeigenblättern (20 %) und beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen (27,2 %).

Geschlechterverhältnis nach Medientyp

Tabelle 1: Geschlechterverhältnisse nach Medientypen

Medientyp	n=1498	Männer (n=1034)	Frauen (n=464)
Tageszeitungen	607	70,0	30,0
Sonntags-/Wochenzeitungen	89	74,0	26,0
Anzeigenblätter	162	79,5	20,5
Nachrichtenagenturen/Dienste	114	63,5	36,5
Zeitschriften/Beilagen	170	58,7	41,3
Stadtmagazine	56	70,1	29,9
Privater Hörfunk	58	66,9	33,1
Privates Fernsehen	34	60,2	39,8
Öffentlich-rechtlicher Hörfunk	118	66,3	33,7
Öffentlich-rechtliches Fernsehen	90	72,8	27,2

Quelle: FG Journalistik, Angaben in Prozent

Vergleicht man die aktuellen Zahlen mit früheren Erhebungen, so zeigen sich zumindest in einzelnen Bereichen positive Veränderungen. 1970 wurde bei der Volks- und Berufszählung der Frauenanteil bei festen und freien Journalisten mit 29 % angegeben. Sollte diese Angabe stimmen, so muß der Anteil bei den Freiberuflern extrem hoch gewesen sein. Denn gleichzeitig berechnete Kieslich einen Frauenanteil unter den Tageszeitungsredakteuren von 12,3 %. Bis 1978 verändert sich diese Relation nicht. Auf der Grundlage von Zahlen des Presseversorgungswerkes geben Irene Neverla und Gerda Kanzleiter den Anteil von Redakteurinnen in Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen sowie bei Agenturen mit 12 Prozent an. Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeiten 1984 17 % Redakteurinnen.

Vor diesem Hintergrund scheinen die aktuellen Zahlen einen eindrucksvollen Frauenzuwachs zu dokumentieren. Aber Vorsicht ist geboten. Einerseits umfassen die Angaben der JouriD-Studie neben den festangestellten auch die hauptberuflich freien Journalistinnen und Journalisten. Zum anderen hat sich die Bundesrepublik 1990 vergrößert, die Geschlechterverhältnisse haben sich damit auch im Journalismus verändert. Während im Durchschnitt 31 Prozent aller journalistischen Tätigkeiten von Frauen erledigt werden, sind es in Ostdeutschland 39 %. Entsprechend niedriger liegt der Anteil im Westen der Republik. „Zunächst kann festgestellt werden, daß sich frühere Erwartungen einer nachhaltigen Veränderung der Geschlechterverhältnisse im Journalismus nicht erfüllt haben.“ So lautet das nüchterne Resümee aus Münster. Nach wie vor

sind Frauen in den unteren Altersgruppen stark vertreten. Mehr als die Hälfte von ihnen ist jünger als 35 Jahre. Doch nachdem schon in den siebziger Jahren dieser Trend zu beobachten war, stellt sich die Frage, wo all die jungen Frauen später bleiben.

Die aktuelle Studie aus Münster bietet dazu folgende Antwort an. Während der durchschnittliche männliche Journalist einen deutlichen Karrieresprung zwischen dem fünften und siebten Berufsjahr erlebt, bietet sich der Kollegin diese Entwicklungsmöglichkeit nicht, zumindest deutlich seltener. „Es muß also davon ausgegangen werden, daß die durchschnittliche Journalistin ihren Aufstieg aufgrund ihres Geschlechts mit hoher Wahrscheinlichkeit verpaßt (hat)“, heißt es im Bericht leicht vorwurfsvoll. Doch fraglich bleibt, ob die junge Kollegin den entscheidenden Augenblick verschlafen hat, oder ob der Verleger sich bereits vorher für den dynamischen, entscheidungsfreudigen jungen Herrn entschieden hatte. Gültig bleibt jedenfalls die altbekannte Erkenntnis. Je höher die Positionen, desto geringer die Chance, eine Frau dort anzutreffen.

Geschlechterverhältnisse nach Positionen

Journalistinnen, die diese eindeutig geschlechtsspezifische Entwicklungsbremse erleben, entscheiden sich möglicherweise eher, auszusteigen oder den Beruf zu wechseln. Und tatsächlich findet sich bei den Frauen eine höhere Bereitschaft, etwas anderes zu machen. Ob Wissenschaft, PR oder ein anderes Medium. „Journalistinnen (nennen) eine größere Bandbreite möglicher Tätigkeits-

felder. Dies kann als Hinweis darauf gewertet werden, daß Frauen zur höheren Spezialisierung und größeren Flexibilität als ihre Kollegen bereit sind – eine Voraussetzung dafür, berufliche Nischen besetzen zu können, wenn sie in klassischen Arbeitsfeldern auf Widerstände stoßen“.

Und als klassische Arbeitsfelder gelten noch immer die „harten“ Ressorts der tagesaktuellen Medien, Politik, Wirtschaft und Sport, das sind – nach wie vor – die Domänen der Männer im Journalismus. Frauen finden sich dagegen im Feuilleton, in der Unterhaltung, im Ratgeber und im Bereich Soziales und Familie.

Tabelle 2: Geschlechterverhältnisse nach Positionen

Position	n	Männer (n=1034)	Frauen (n=464)
Gesamtleitung	83	80.8	19.2
Teilleitung	162	79.6	20.4
Redakteur(in)	1171	67.8	32.2
Volontär(in)	82	53.5	46.5

Quelle: FG Journalistik, Angaben in Prozent

Geschlechterverhältnisse nach Positionen

Geschlechterverhältnisse nach Ressorts

Soweit scheinen sich alle altbekannten Klischees zu bestätigen, meint auch das Forschungsteam aus Münster: „Dies erinnert deutlich an vergangen geglaubte Zeiten, als Hauswirtschafts-, Kinder-, Frauen- und Modebeilagen sowie Themen der Frauenbewegung und der sozialen Fürsorge explizit als wichtigste Frauenerbeitsbereiche galten.“ Doch auch hier gilt es, mit Interpretationen vorsichtig zu sein. Wenn die größte Gruppe der Journalistinnen bei Zeitschriften beschäftigt ist, und hier schwerpunktmäßig im Bereich der Frauenzeitschriften, so sind dort naturgemäß die Ressorts Politik und Wirtschaft schwach vertreten. Zugleich hatten Journalistinnen bei den neu entstandenen kommerziellen Rundfunkanbietern bessere Startbedingungen als bei den traditionell gewachsenen öffentlich-rechtlichen Sendern. Daraus erklärt sich zumindest teilweise die Dominanz des Unterhaltungssektors. Wenig wird damit jedoch ausgesagt über die Arbeit, die Journalistinnen bei Tageszeitungen tatsächlich tun. Interessant ist dabei folgende Verschiebung: Galten Lokalredaktionen lange Zeit als Einstiegsressort mit entsprechend hohem Frauenanteil, so stimmt dieses Urteil heute nicht mehr. Im Lokalen und Regionalen sind Frauen mittlerweile sogar leicht unterproportional vertreten. Bei diesen Restriktionen, denen Journalistinnen ausgesetzt sind, bleibt ihre Zufriedenheit mit dem Beruf erstaunlich hoch. Lediglich bezogen auf die Bezahlung äußern die Frauen mehr Unmut als ihre Kollegen. Kein Wunder bei der deutlichen Differenz. Daß jedoch Journalistinnen über die Aufstiegsmöglichkeiten genauso zufrieden sind wie die Männer,

Tabelle 3: Geschlechterverhältnisse nach Ressorts

Ressort	n	Männer (n=1034)	Frauen (n=464)
Aktuelles/Politik	270	74.2	25.8
Wirtschaft	85	77.5	22.5
Feuilleton	180	56.4	43.6
Sport	104	92.0	8.0
Lokales/Regionales	276	70.5	29.5
Unterhaltung	55	48.2	51.8
Wissenschaft	33	75.5	24.8
Soziales/Familie	25	46.1	53.9
Ratgeber/Service	21	35.5	64.4
Organisation/Produktion	88	79.6	20.4
Ohne Ressortzuordnung	361	65.3	34.7

Quelle: FG Journalistik, Angaben in Prozent

Geschlechterverhältnis nach Ressort

die an ihnen vorbei in die Spitzenjobs ziehen, löst Irritationen aus. „Möglicherweise halten Frauen seltener als Männer das Vordringen in höhere Positionen für erstrebenswert und fühlen sich deshalb ähnlich zufrieden wie ihre Kollegen. Vielleicht sehen sich die männlichen Befragten auch einem größeren Prestigezwang zum Aufstieg ausgesetzt – da ‚Karriere‘ eher einer männlichen als einer weiblichen Berufsbiographie zugerechnet wird – und beurteilen ihre Chancen deshalb kritischer.“ Mit solcher Art Spekulationen versucht die Studie dem Phänomen auf die Spur zu kommen, daß Frauen möglicherweise lieber Interviews führen als ihre Zeit in Sitzungen zu verbringen. Doch die Versuche, den inhaltlichen Anliegen von Männern und Frauen im Journalismus näher zu kommen, bleiben wenig aussagekräftig. Von fünf Journalismus-Modellen lassen sich drei als ge-

schlechtspolarisiert beschreiben. Während Männer mehr dem informations- und dem kontrollorientierten Modell zuneigen, favorisieren Frauen eher die publikumsorientierte Variante. Wiederum erscheint dies logisch vor dem Hintergrund der medien- und ressort-spezifischen Verteilung von Männern und Frauen im Journalismus. Betrachtet man die Selbsteinschätzungen zum Grad der Umsetzung dieser Ideale, so schrumpfen die Unterschiede zwischen den Geschlechtern zusammen. Auf diesem Wege scheint man jedenfalls Aufschluß darüber zu bekommen, wie sich Zeitungen, Fernseh- und Hörfunksendungen verändern, wenn jeder zweite Sessel vom Reporterzimmer bis zur Intendanz von einer Frau besetzt würde. Oder bliebe doch alles beim alten?



Annette Maennel

Redaktion Weiblick

dachlosensiedlung, in der Gruppe für sozial auffällige Kinder. Dabei sieht sie sich zum erstenmal mit gesellschaftlicher Realität konfrontiert – in den Familienakten begegnen ihr Tragödien, die sie als Neunzehnjährige bis dahin nicht für möglich gehalten hatte. Heute wertet sie diese Zeit als ein hartes Lehrjahr für sich. Sie will dann nicht länger „soziale Feuerwehr“ spielen und bewirbt sich für einen Ausbildungsplatz als Werkzeugmacherin bei der Firma Porsche. Sie wird die erste Werkzeugmacherin bei Porsche. Nachdem sie ein Jahr als Facharbeiterin gearbeitet hat, sich in dieser Zeit in der Gewerkschaft engagiert, gilt Ulrike in den Augen der Herren als kommunistische Drahtzieherin – daraufhin wird in ein Versuchswerk aufs Land versetzt. Hier bekommt sie keinen Fuß auf den Boden, resigniert nach einem Jahr, wirft das Handtuch und reist in die Welt. Sechs Monate tourt sie durch die USA, bereist anschließend neun Monate lang Mexiko, Nicaragua und Peru. Während dieser Zeit beginnt sie, kleine Wahlbeobachtungen aus Peru für die Stuttgarter Stadtzeitung „s' Blättle“ zu schreiben, und führt das während ihrer späteren Lateinamerikaufenthalte für die taz fort. An irgend einem Tag des Jahres 1980 muß sie sich wohl nach dem Sinn ihres Dortseins und ihrer eigenen Perspektive gefragt haben. Hinzu kommt, daß ihr das Geld ausgeht, und so beschließt sie, auf die Insel Westberlin zu ziehen, um dort am Lateinamerikainstitut der Freien Universität zu studieren. 1982 erscheint ihr erstes, mit einer Freundin gemeinsam veröffentlichtes Buch mit Briefaufsätzen über Frauen in Lateinamerika. Ulrike Helwerths Lebensphilosophie be-

steht darin, sich keine Lebenswegplanung zu verordnen, sondern nach dem Lustprinzip zu agieren. Fesselnd sind für sie alle unbekanntes Dinge: nachdem diese durchdrungen sind, widmet sie sich dem nächsten Thema. Nach ihrer Identität gefragt, sieht sie sich als Feministin. Impulse der Beschäftigung mit Geschlechterhierarchien waren ihre erfahrenen Benachteiligungen bei Porsche und die Lektüre feministischer Texte aus Amerika. 1989 geht sie als Frauenredakteurin zur taz. Hier lernt sie Tageszeitungsjournalismus kennen, erlebt die Bedeutung informeller Hierarchien und erfährt Machtstrukturen in einem alternativen Betrieb. Sie kann sich mit ihrer Arbeit identifizieren, auch wenn es ihr manchmal so vorkommt, als betreibe sie innerhalb der taz nur zweitklassigen Journalismus: „Als Frauenredaktion hat man einen schweren Stand.“ Außerdem weigert sie sich, als feministische Wächterin angesehen zu werden. Während interner taz-Umstrukturierungen steigt sie 1992 aus. Nach dem Abschluß des 1992 begonnen und 1994 beendeten Forschungs- und Buchprojektes „Fremde Schwestern“ arbeitet sie seit 1994 als Freie Journalistin. Helwerths Grundsatz dabei: „Ich mache keinen Journalismus für Männer!“ Sie arbeitet für Print-Medien und den Hörfunk. In Zukunft werden diese Aufträge nicht zum Überleben ausreichen. Sie will versuchen, den Einstieg beim Fernsehen zu schaffen, und hofft, im nächsten Jahr ihren ersten Magazinbeitrag unterbringen zu können. Als Freie Journalistin schätzt sie einerseits die Vorteile der freien Zeiteinteilung, andererseits empfindet sie es als einen großen Nach-

JOURNALISTINNENPFADE

Ulrike Helwerth – Westjournalistin

Ulrike Helwerths Biographie ist in diesem Sinne klassisch, daß sie, aufgewachsen in einem kleinbürgerlichen Milieu, frühzeitig gegen ihre Herkunft opponierte. 1955 in Mannheim geboren, zieht sie mit vier Jahren als viertes von sechs Kindern mit ihren Eltern nach Stuttgart. Dort bekommt der Vater als aktives CDU-Mitglied und Verwaltungsbeamter der Bundeswehr Arbeit. Ulrikes Geschwister beschreiben sie als konfrontativ gegen den Vater gerichtet, sie sei es gewesen, die alle Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten auszufragen hatte. Die Brüder versagen ihr die Solidarität und für ihre jüngeren Schwestern sind die Auseinandersetzungen nicht von Interesse. Nachdem sie sich zwei Jahre besonders heftige Diskussionen geliefert haben, zieht sie achtzehnjährig nach dem Abitur in ihre erste Wohngemeinschaft. Als es darum geht, sich für einen Beruf zu entscheiden, weiß sie nur eins – Unis sind bürgerlich, dekadent und damit unakzeptabel – angesagt ist soziale Randgruppenarbeit. Ulrike Helwerth sammelt ihre ersten Erfahrungen im Jugendamt Stuttgart, hier absolviert sie ein Praktikum in einer Ob-

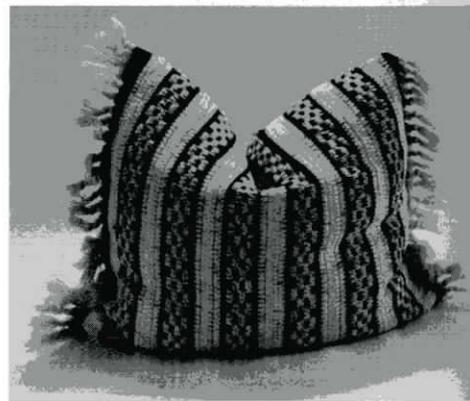
FRAUEN IM FERNSEHEN

Kludia Brunst
Berliner Tageszeitung taz

RAUMA TRAUMSCHIFF

Haben wir uns nicht alle geärgert, als sich TM3 ankündigte? Und waren wir nicht auch alle ein bißchen verunsichert? Denn die Idee, einen eigenen Fernsehsender nur für Frauen zu machen, ist schließlich gar nicht so schlecht! Die elektronischen Medien beherrschen längst den Informationsmarkt. Wer meint, in diesem Land etwas zu sagen zu haben, sollte das unbedingt im Fernsehen sagen – vorausgesetzt sie möchte überall gesehen und gehört werden. Mehrere Stunden verbringen wir Deutschen täglich vor dem Fernsehgerät, es prägt unsere Meinungen, erweitert unseren Horizont, beeinflusst unsere Kaufentscheidungen. Und gerade Frauen, die tagsüber zuhause arbeiten, die Kinder versorgen, den Haushalt machen, sehen besonders häufig hin. Ein Fernsehkanal für Frauen – ist also auch eine Frage von Definitionsmacht! Das dachte sich wohl auch *Jochen Kröhne*, als er gemeinsam mit seinem Senderimperium Telemünchen diesen Mediencoup ausdachte. Nur dachte er ganz offenbar an etwas ganz anderes als wir: Kröhnes TM3 ist ein Spartenkanal, so das Wort für einen Sender, der sein Publikum nicht mit allen Programmteilen versorgt, sondern nur mit besonderen Themen, die für die anvi-

sierte Zielgruppe interessant sind. Und Kröhne dachte an einen Spartenkanal, weil die Landesmedienanstalten derzeit nur noch Spartenkanäle lizenzieren. „Wenn wir schon Zielgruppen Fernsehen machen müssen“, wird er sich gedacht haben, „dann muß es wenigstens eine möglichst große Zielgruppe sein“. Was ist wohl die größte Zielgruppe, die man erreichen kann? Natürlich! Die Hälfte des TV-Himmels – die Frauen also! Dabei haben die strategischen Überlegungen von Telemünchen nichts mit frauenfortschrittlicher Medienpolitik zu tun. Man wollte uns nicht einmal einen Gefallen damit tun, den Sender hochzuziehen. Kröhne und die Telemünchen wollen sich einen Gefallen tun: Sie wollen Geld verdienen. Mit Fernsehen, besonders mit Fernsehen für Frauen, verdient man ganz gut. An uns ist die Werbewirtschaft interessiert. Frauen, besonders Hausfrauen, verwalten einen Großteil der familiären Kaufkraft. Jetzt haben wir also einen eigenen Frauensender. Wer hätte das vor zwanzig Jahren prophezeien mögen. Jetzt müßten wir doch also alle sehr zufrieden sein! Sind wir aber natürlich nicht. Weil TM3 nicht der Frauensender ist, den wir fortschrittlichen Feministinnen uns erträumt haben. Im Gegenteil! Zur Erinnerung seien ein paar kleine Zitate erwähnt: *Henricke Petschik* in der *Frankfurter Rundschau*: „Ein Blick auf das Programm entlarvt die Senderphilosophie von TM3 als Makulatur. Mit Seifenopern, Schmachtfilmen und TV-Magazinen mit Themen wie *Kinder, Familie, Mode und Fitneß verkauft der Sender ein eher traditionelles Rollenbild (...)* Nach dem Audience Flow, den sich im Laufe des Tages verändern-



den Zuschauerschaften, wird der TV-Bauchladen von Kröhne zusammengestellt: Für die Hausfrau am Vormittag das Lifemagazin „Snack“ mit „menschlichen“ Themen. Auch Serien wie „Chefarzt Dr. Westphall“, die kanadische Arztserie „Hallo Frau Doktor“ und die telenovela „Morena Clara“, eine südamerikanische Endlosserie um Liebe und Leidenschaft, kommen bei Frauen gut an“.

Brigitte Baetz für die Berliner Wochenzeitung *Freitag*: „Was kann die Frau aber nun von ihrem Sender erwarten? Die Präsentation der gekauften Programme löste Gelächter aus: (jetzt werden wieder die Soap-Titel angezählt) Bei Spielfilmen setzt man auf Nummer sicher: Frauenfilme sind für TM3 schlichtweg „alle guten Filme“, will heißen: „Keine Action, kein Lederhosensex“.

Voller Spott auch *Chatrin Kallweit* in der *Süddeutschen Zeitung*: „Inhaltlich bleibt alles beim alten. Ein bißchen Ratgeber, ein bißchen Mode, ein bißchen Talk, ein bißchen Eltern und femme und girlie und Bravo-TV und Dudel und Dödel und das alles auf TM3. Was will die Frau im Frauenfernsehen sonst noch sehen? Vielleicht so ungewöhnliche Serien wie *Chefarzt Dr. Westphall*



oder die brasilianische soap opera oder die kanadische Produktion „Hallo Frau Doktor“? Alles schon gekauft!

Die bitterste Erkenntnis aller dieser höhnischen Worte ist wohl die, daß die meisten Frauen tatsächlich den Kosmos zwischen Pretty Woman und Anna Maria einem irdischen Leben in einer männerdominierten Welt vorziehen. Keine dieser Autorinnen, keine noch so erklärte TM3-Kritikerin könnte Kröhn in der Erkenntnis widerlegen, daß die meisten Zuschauerinnen nun mal gerne „Fackeln im Sturm“ und „Ilona Christen“, „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ und die „Schwarzwaldklinik“ gucken.

Aber es gibt natürlich auch ein anderes Frauenfernsehen. Oder zumindest gibt es zwei Formate, die sich seit Jahren tapfer damit herumschlagen, uns unsere Hälfte des Himmels auf die Erde zu holen, indem sie feministische Themen ins Fernsehen bringen.

Ich meine „ML Mona Lisa“ vom ZDF und „FrauenFragen“ aus dem WDR. Ich halte diese beiden Magazine, in ihrer Machart, ihrem Anspruch und in ihrem Informationswert wirklich für gelungen und jede von uns weiß, was es bedeutet, sich allen Anfeindungen zum Trotz den Sendplatz zu erhalten. Meine These jedoch ist: Mit Fernsehen haben diese beiden Formate nichts zu tun. Sie nutzen die Magazininform als Informationsvermittlung und das ist nur ein Bestandteil des Fernsehens. Alle politischen Magazine funktionieren so.

Das Fernsehen wäre nie so ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens geworden, wenn es nur Magazine und Ratgeber senden würde.

Das Wesentliche des Fernsehens ist die mediale Aufarbeitung von Intimität. Wenn wir diesen Apparat anmachen, lassen wir Menschen in unser Wohnzimmer eintreten, wie man einen abendlichen Gast eintreten läßt. Deshalb begrüßen uns die Fernsehmoderatoren auch mit ihrem freundlichen „Guten Abend, allerseits“. Deshalb schauen sie uns frontal an, werben um unsere Aufmerksamkeit, bitten uns „dranzubleiben“. Das Fernsehen vermittelt uns intime Beziehungen zu uns eigentlich wildfremden Menschen. Es erzählt uns Geschichten, wir können mit ihm leiden, mit ihm spielen, mit ihm glücklich sein – inzwischen können wir sogar im Fernsehen heiraten.

Das Fernsehen ist ein Glücksbringer, ein Götterbote, ein Zauberkasten

Und das heißt, daß wir uns mit den heimlichen Botschaften, mit den Gratifikationen, die uns das Fernsehen jeden Abend immer wieder anbietet, auseinandersetzen müssen. Diese heimlichen Botschaften reagieren auf unsere heimlichen Wünsche. Und nur wenn wir die kennen, können wir uns überlegen, ob und wie wir sie bedienen wollen. So lange wir unsere geheimsten Rezeptionswünsche tabuisieren, überlassen wir die Macht des Fernsehens den Kröhnés dieser Welt.

Der Trivialität auf der Spur

Um nicht sofort dem Widerspruch der LeserIn ausgesetzt zu sein, die behauptet, der feministisch aufgeklärten Frau läge nichts an Gefühlsduselei, an Roman-

tik und Glücksversprechen, möchte ich eine Kontaktanzeige aus der *Emma* zitieren. Das ist immerhin ein Blatt, deren Leserinnen sich als Feministinnen mit einem frauenbewegten Hintergrund verstehen. Sollte die Inserentin zufällig eine Leserin sein, möchte ich betonen, daß sie sich keinesfalls für ihre Suchanzeige zu schämen braucht. Ich finde sie wunderschön und hoffe, daß sie mit dieser Anzeige ihre Traumfrau mittlerweile gefunden hat: „Köln und wo immer du bist Authentischsein hast du (bis 55) gelernt, Reifung erfahren, Demut und liebevolles Aufeinanderzugehen erlernt, die andere anzunehmen akzeptiert, das gegenseitige Wachstum begrüßt und den Humor nicht verloren. Sie (lesbisch, 39, studiert, Fisch) mit großem Hund sucht eine hundebegleitete, die Natur schätzende, liebevolle, aufrichtige, zuverlässige, integere, in sich ruhende Persönlichkeit, die zum gegenseitigen persönlichkeitsachtenden, respektvollen Aufeinandereinlassen bereit ist. Dein Denken, Fühlen und Handeln sollte von Kopf, Herz, Hand, Humor und Freude empfinden können begleitet sein. Es erwartet dich ein naturverbundener Mensch, der auch auf diesem lebenslangen Weg ist, am liebsten mit vielen Tieren, die dort ihren Lebensabend verbringen können sollen, am Wald wohnen würden, tiernaturheilkundlich tätig sein wird und liebevolle Geborgenheit und Verlässlichkeit als unterstützende bereichernde Kräfte sieht.

Über eine ausführliche Bildzuschrift würde ich mich freuen (bi/verheiratet zwecklos!)“

Da ist aber wirklich alles drin: Ein bißchen „Schwarzwaldklinik“, etwas „Der Doktor und das liebe Vieh“, ein

FRAUEN IM FERNSEHEN

bißchen „Miß Ellis“ Güte und eine Portion „Anna Maria geht ihren Weg“. Immer wieder, wenn ich diese Anzeige lese, sehe ich ein glückliches Paar auf einer satten Almwiese mit ihren gesunden, starken Hunden spielen, sich zärtlich in den Arm nehmend und dann Hand in Hand dem Sonnenuntergang entgegenschlendernd. Abspann, Taschentücher.

Frigga Haug und *Brigitte Hipfl* haben jüngst ein Buch über die „Filmerfahrung von Frauen“ vorgelegt und das „Sündiger Genuß“ genannt.

Wenn Sie jetzt glauben sollten, es ginge um feministische Softpornos, muß ich Sie enttäuschen: Die Frauen haben sich mit zwei Melodramen auseinandergesetzt bzw. mit den Gefühlen, die die beiden Kinoklassenschlager *Pretty Woman* und *Schlaflos in Seattle* in ihnen ausgelöst haben. Es sind Beschreibungen von „Zerreißproben“:

Einerseits die feministisch geschulte Realitätsprüfung, die sagt: Der Film ist kitschig, die Frauenfiguren sind unemanzipiert, die Männer haben das Handlungsmoment inne – andererseits die Rührung, die Sentimentalität, das Gefühl: Tränen womöglich.

Eine Projektteilnehmerin beschreibt ihre Gefühle nach *Pretty Woman* folgendermaßen:

„Gerührt sitzt sie vor dem Fernsehapparat und versucht, ihre Tränen unter Kontrolle zu halten. Hoffentlich betritt jetzt keine ihrer Freundinnen den Raum und bemerkt ihre Ergriffenheit über einen Film, der ihr ja doch nicht gefällt. Schließlich hat sie immer ihre Freundinnen belächelt, die begeistert von solchen Filmen erzählten. Wie kann jemand eine derart unrealistisch dargestellte

Geschichte auch ernst nehmen?“

Die Frage ist doch aber auch: warum können wir unsere Gefühle nicht ernst nehmen? Sind sie so gefährlich? Lauert da der Backlash hinter der Mattscheibe? Sind wir immer noch nicht geheilt von der Vorstellung, daß uns nur Richard Gere glücklich machen kann?

Die *Emma*-Leserin von eben ist mit Sicherheit von Richard Gere geheilt. Aber eben nicht von der Vorstellung von absolutem Glück, von Harmonie, Zufriedenheit, Liebe. Warum sollten wir davon auch geheilt sein?

Eine andere Projektteilnehmerin schreibt über *Pretty Woman*:

„Aber dann schoß ihr durch den Kopf, daß es auch sie emotional sehr stark berührt hatte, und sie sah in dem Film eine Gefahr: Der Film könnte bewirken, daß Frauen auch glauben könnten, so wie Vivian im Film alles tun zu müssen, um die vom Partner entworfene „weibliche Rolle“ perfekt zu spielen, die in dem Film nur ein Puzzleteil in dem Puzzlespiel „Mann“ war; und dieser Teil mußte auch noch mühsamst geformt werden, bis er endlich eingefügt werden konnte. Und wenn sie dann perfekt in das Puzzlespiel passen, dann glauben sie, das Glück gefunden zu haben. Daß da erst die eigentliche Beziehungsarbeit beginnt, das vermittelt der Film nicht.

Doch sie war sich nicht sicher über die Wirkung des Films. Im Grunde war er doch nur ein Märchen. Und wie jeder weiß, sind Märchen nicht real, sie passieren in einer erfundenen Welt, und das, was in dieser Welt passiert, kommt in unserer wirklichen Welt nicht vor. Oder doch?“

Das Fernsehen präsentiert uns unablässig Märchen. Jeden Tag, zu jeder



Tageszeit, in jedem Programm. Wir dechiffrieren diesen Gut-Böse-Code in den Melodramen des Fernsehens auf Anhieb.

Das Prinzip ist immer das gleiche. Gut kämpft gegen Böse und an jeder beliebigen Stelle einer Fortsetzungsreihe könnten wir einsteigen.

„Das moralische Universum der Serien ist so beschaffen, daß die Guten nie endgültig zu ihrer gerechten Belohnung kommen, aber auch das Böse nie ganz triumphiert. Jede endgültige Lösung – für das Gute wie das Böse – widersetzt sich dem einzigen moralischen Imperativ, der für die Fortsetzungsreihe gilt: daß die Handlung weitergehen muß.“ (Jane Feuer) Das „Jederzeit Ein- und Aussteigenkönnen“ ist wichtig für unsere Fernsehrezeption. Denn einerseits ist der Fernsehapparat ein eigenständiges Familienmitglied geworden. Untersuchungen haben gezeigt, daß wir sogar unser gesamtes Wohnzimmermobiliar auf die Blickrichtung des Fernsehers ausgerichtet haben.

Aber er ist auch ein geduldiger Begleiter, der sich auch schon mal in die Ecke stellen läßt, wenn er stört. Gerade so, wie eine Nachbarin, die praktisch täglich auf einen Plausch zu uns rüber kommt, aber auch geduldig wartet, wenn dann das Telefon klingelt und wir unsere Küchengespräche unterbrechen müssen. Besonders die Reproduktionsarbeiterinnen schätzen es, sich ihre Hausarbeit mit dem Fernsehen zu versüßen. Denn die Unterhaltungsangebote sind auf ihre

Tätigkeiten zugeschnitten: Die Hausarbeit verschlingt Zeit nach ihrem eigenen Rhythmus. Manche Dinge lassen sich aufschieben („Erst gucke ich Hans Meiser, dann hänge ich die Wäsche auf“), andere Arbeiten müssen pünktlich erledigt werden („Um zwölf kommen die Kinder aus der Schule, dann kann ich nicht fernsehen“). Mir geht es an meinen freien Tagen nicht anders. Ich belohne mich mit dem Fernsehen für's Putzen, ich versüße mir das Bügeln, ich entspanne mich von der Arbeit an einem wichtigen Text.

Es gibt noch einen anderen Grund, warum sich besonders Frauen von Melodramen und Soap Operas besonders angesprochen fühlen. Die Gut-Böse-Dramen finden in diesen Serien vorwiegend im Bereich der Privatsphäre statt. Im Familiären also, einem Bereich, den besonders Hausfrauen zum Lebensmittelpunkt haben. Die Zuschauerin steht einem überschaubaren Personal gegenüber: Da gibt es die ideale Mutter, die intrigante Schurkin, den Traumprinzen und den Kitzbrocken. Es ist die spielerische Identifikation mit allen möglichen Rollen möglich. Das Fernsehen zeigt, was passiert, wenn A. ausrastet, wenn B. sich nicht schnell genug gegen Zumutungen wehrt, wenn C. permanent gegen ihr Unglück anrennt. Und, und ... Die Soaps, besonders die mit wenig Aufwand produzierten täglichen Serien, erzählen ihre Handlungen fast ausschließlich über Dialoge. Auch das kommt den weiblichen Fähigkeiten und Anforderungen zugute. Frauen sind kommunikativer, sie versuchen Konflikte partnerschaftlich zu lösen, über die Dinge zu sprechen, sich in den anderen hineinzuversetzen...

Der Zauber der Seifenopern besteht darin, daß wir mit der Fernbedienung den magischen Schlüssel in der Hand halten, mit dem wir in jedes beliebige Zimmer einer beliebigen Wohnung zapfen können. Wir sind nicht nur Zaungäste, wir lehnen uns nicht mehr aus dem Fenster, um hinter die Gardinen anderer zu blicken.

Jetzt können wir in die intime Welt der Gefühllichkeit hineinsehen. Wir können, ohne dabei selbst Verantwortung übernehmen zu müssen, an den Schicksalen anderer teilhaben.

Glück müßte man haben

Jetzt geht es um ein Glücksversprechen, das das Fernsehen – zumindest theoretisch – jederzeit realisieren könnte.

Ein anderer wichtiger Bereich, den das Fernseherleben ausmacht, sind die Spielshows. Das Prinzip der weltweit erfolgreichsten Gameshow „The Price is right“ basiert darauf, Warenpreise zu erraten. Wer an dem richtigen Preis möglichst nahe dran ist, hat die Chance, das Produkt zu gewinnen.

Es ist wie eine Reise ins Schlaraffenland. Und wir könnten dabei sein!

Die amerikanische Lizenzfirma von „The price is right“ besteht darauf, daß dieser Opener überall in der Welt gleich inszeniert wird. Überall in der Welt kommen die Moderatoren auf die gleiche Art und Weise auf die Bühne, tuscheln mit ihrer Assistentin und nehmen das Mikrophon in die Hand. Das würden sie eigentlich gar nicht mehr brauchen, die technische Entwicklung macht es längst möglich, mit kleinen Knopfmikrofonen zu arbeiten.

Aber dieses Mikrophon ist gar kein technischer Gegenstand, es ist ein Zauber-

mittel, daß für die euphorische Stimmung im Publikum wirkt und für den Auftritt des Magiers sehr wichtig ist. Hier wird ein Fest gefeiert.

Die Ankunft eines Götterboten, der mit einem Handstreich aus ARM REICH machen kann. Da sitzen wir also zuhause und schauen in diese Warenwelt und raten mit und partizipieren an der Verwandlung dieser Kandidatin, die mittellos in dieses Schlaraffenland kam und nun mit einem Auto nach Hause gehen wird.

Ein Druck auf die Fernbedienung – und wir sind in einer anderen Welt.

In den Spielshows des Nachmittagsfernsehens werden immer alltägliche Handlungen und Fähigkeiten zum Spielinhalt gemacht. Beim „Glücksrad“ muß man zum Beispiel Worte erraten. Beim Familienduell müssen die Kandidaten einschätzen, welche Worte dem Saalpublikum zu einem bestimmten Begriff wohl eingefallen sind.

Das Fernsehen dringt in unseren Alltag ein, indem es mit ihm spielt. Und wir können mitspielen. Können dabei sein, wenn einer von uns aus nichtigem Anlaß mit Geschenken überhäuft wird.

Es ist, als würde man über die Straße gehen und plötzlich hundert Mark finden. Die Botschaft heißt: Das Fernsehen ist eine Zaubermaschine, die Gewalt über Glück und Unglück, über Gut und Böse hat.

Mein Fazit: Wir müssen mitzaubern, um im Fernsehen präsent zu sein.

(Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, der innerhalb der Medientagung der FrauenAnstiftung in Hamburg gehalten wurde.)



Monika Gerstendörfer

Psychologin, Mitarbeiterin von
„Terres des femmes“

KÜNSTLICHE GEWALT-WIRKLICHKEITEN?

Mediale und strukturelle Gewalt gegen Frauen und Kinder im Informationszeitalter

Gewalt gegen Frauen in den oder durch die Medien ist ein Thema, das in den letzten Jahren nahezu kontinuierlich problematisiert wurde.

Bei der Diskussion, die hier geführt wird, stehen sich im wesentlichen zwei Fronten gegenüber. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die v. a. das Frauenbild, das gezeichnet und vorgeführt wird, anprangern. Frauen sind danach schwach, hilflos und ein bißchen dumm; insbesondere sind sie sexuelle Wesen. Die Menschen, die das anprangern, behaupten, daß dieses Bild einen entscheidenden Einfluß auf die Einstellung zu Frauen hat und daß diese Einstellung wiederum negativ das Verhalten von Männern und Jungen beeinflusst.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die vor allem die Pressefreiheit hochhalten und nicht selten von Zensur sprechen, wenn Feministinnen und andere bestimmte Filme und Darstellungen verbieten wollen.

PolitikerInnen wollen oft, daß sich die Verantwortlichen in den Medien selbst besinnen und so etwas wie Verantwortung zeigen. Das ist selbst dann schwierig, wenn es sich dabei um die Gefährdung von Jugendlichen handelt. Wenn

es um die Gefährdung von Frauen geht, wird es doppelt schwierig.

Viele behaupten, es sei wissenschaftlich nicht nachgewiesen, daß Darstellungen von „sex and crime“ und negativen Frauenbildern zu mehr Gewalt führen. Im Gegenteil, eher mindere Pornographie die sogenannte männliche Aggression. Das ist schlicht falsch!

Es stimmt zwar, daß die Wissenschaft nach zahlreichen Studien mehr Fragen als Antworten erhalten hat; aber es gilt als nachgewiesen, daß Gewalt- oder Pornokonsum zu einer Abstumpfung der Fähigkeit führt, sich in andere einfühlen zu können. Die fehlende Empathie mit Gewaltopfern ist ein wesentlicher Faktor für Gewaltausübung, aber auch für den Umgang mit Gewalt.

Ich möchte mir zum Thema „Gewalt in den Medien“ den Computer herausgreifen.

Der Computer ist das moderne Medium im Zusammenhang mit der Gewalt gegen Frauen. Ich bin mir sicher, daß wir bereits heute einen Teil des Anstiegs der Gewalt dem Computer bzw. der Informationstechnologie zu verdanken haben. Und ich wage zu prophezeien, daß die Ausbreitung der Gewalt mit Hilfe des Computers, der ja Medium und Werkzeug zugleich ist, beschleunigt wird. „Computer-Pornos? Ich wußte nicht, daß es das gibt!“ Diesen Satz höre ich in 99,9% der Fälle, wenn ich das Thema im Kreis von Frauen (und auch Männern) anspreche. Die meisten Frauen und Männer können sich das nicht vorstellen. Jedoch ein großer Teil der meist männlichen Jugendlichen und alle Menschen, die einen Computer nicht nur als Schreibmaschine benutzen, wissen sehr genau, wovon ich spreche.

Bei Pornos im Computer existiert die traditionelle Grenze zwischen Konsument und Produzent nicht mehr. Diese Entwicklung zeigte sich übrigens schon bei den Videos. Mit einer Videoausrüstung kann sich jeder Mensch seinen privaten Porno zuhause erstellen. Er kann ihn anderen anbieten, verkaufen oder nur selbst konsumieren.

Das ist bei Computerpornos ebenso möglich. Aber hier ist es noch leichter. Der Computer gilt nicht als Freizeitspaß wie eine Videoausrüstung. Die meisten Menschen (und Eltern!) denken, daß Leute (z. B. männliche Jugendliche!), die vor "der Kiste" kleben, schwierige und seriöse Dinge tun. Und dann gibt es noch einen Unterschied: eine Diskette oder eine CD-ROM sind noch unscheinbarer als eine Videokassette. Die Privatheit ist bei Pornos im Computer weit höher als bei Videos. Die Kontrollmöglichkeit ist extrem gering. Bei Computerpornos werden nicht unbedingt lebende Modelle gebraucht. Auf diese Weise gibt es dann auch keine „ZeugInnen“ und keine „Beweise“. Ein Beispiel: Für Jugendliche ist es kein Problem, ein Pornoprogramm (z. B. Playmate) für ihre Bedürfnisse umzuwandeln. Ein Junge hat beispielsweise einmal den Kopf des Playmates aus dem Programm herausgeschnitten und den Kopf seiner Lehrerin, die er nicht leiden konnte, hineinkopiert. Auf diese Weise wurde seine Lehrerin ohne ihr Wissen zu einem Pornostar. Das kann allen Frauen überall und jederzeit passieren. Es ist ein Unterschied, ob ich ein Porno nur ansehe oder ob ich das vorgeführte Objekt/die Frau manipulieren kann. Der Benutzer bekommt das Gefühl, daß er aktiv eingreifen und steuern kann. Für

die männlichen Jugendlichen kommt noch hinzu, daß sie von Spielen und von Technik besonders fasziniert sind. Anschauen ist die Voraussetzung dafür, etwas nachzumachen – es also im Anschluß tatsächlich zu tun. Sie können dadurch einen „first kick“ bekommen, weil sie selbst ein Produkt herstellen. Damit bekommen sie ein positives Feedback. Bei interaktiven Computerpornos auf CD-ROM kann der Benutzer mit einer Maus, mit dem Joystick oder einem touch-screen (berührungssensitiver Bildschirm) agieren, aber er kann auch mit Scannern oder Video-Digitizern selbst laufende Bilder herstellen, verändern und programmieren. Dafür bedarf es nur einfacher Vorlagen. Ein einzelnes Pornoheft oder auch ein Pornofilm reichen dazu bereits aus.

Welches Frauenbild wird vermittelt? Die virtuellen (künstlichen) Frauen (z. B. Maxie, Misty oder Valerie) sind durch die technische Entwicklung sehr „echt“ geworden. Sie haben immer eine Top-Model-Figur und sind gefügig. Die virtuellen Frauen machen alles, was der Benutzer/Programmierer will. Sie geben dabei ausschließlich ein positives Feedback. Egal ob der Benutzer Peitschen, Handschellen, künstliche Penisse oder andere „Werkzeuge“, die in den „tool“- oder „toy boxes“ auf dem Computerschirm per Mausclick aktiviert werden können, benutzt, die virtuellen Frauen „genießen“ es und fordern den Benutzer zu noch mehr „Handlung“ auf. Durch sogenannte Sound-Karten wird dieser Effekt noch verstärkt, die virtuellen Frauen geben Worte und Töne von sich. Sie äußern dabei niemals Schmerz oder Kritik, sie sagen nie, daß sie etwas nicht

wollen. Diese „Frauen“ sind übrigens völlig reduziert auf den „Penetrations-Sex“. Hier findet eine Aufrüstung bei der Vermittlung und bei der Herstellung des Frauenbildes statt. Es ist ein Frauenbild, das mir Angst macht.

Wer Computer wirklich nicht nur als Schreibmaschine benutzt, der/die fällt sehr schnell über Pornos. Es gibt sogar längst Demo-Programme, die ganz „natürlich“ als Pornos verpackt sind (z. B. eine Bilddatenbank bei Macintosh). Männliche Jugendliche haben m. E. leichter Zugriff auf Valerie und Misty als auf wirkliche Frauen oder Mädchen. In Deutschland stehen schon 8% der beliebten Kinderspiele auf dem Index! Und die Altersschwelle des Erstkontakts mit solchen Materialien sinkt nach ExpertInnenmeinung.

Als Psychologin interessiert mich deshalb, was passiert, wenn solche computerporno-erfahrenen Jugendlichen mit wirklichen Frauen oder Mädchen zusammentreffen. Was geschieht, wenn die wirklichen Frauen anders reagieren als die virtuellen?

Eines geschieht ganz sicher, die Bilder kollidieren – die virtuellen Frauen sind nicht aus Fleisch und Blut.

Ich behaupte aber auch, daß es eine Aufrüstung bei der Vermittlung des Männerbildes gibt. Das ist eine Behauptung, die sehr untypisch für eine Feministin ist. Dennoch, wir vergessen leider immer das Männerbild, das die Medien vermitteln. Es ist unverantwortlich, männlichen Jugendlichen ein so entmenslichtes Bild zu vermitteln. Gewalt gegen Frauen wird dabei als ein Spiel verkauft. Wer die meisten Frauen vergewaltigt, hat gewonnen (z. B. „Larry“). Wer gewonnen hat, ist gut oder stark

oder gar „ein Mann“. Wenn das von männlicher Seite weiterhin „unkommentiert“ hingenommen wird, wird die alltägliche Gewalt zwischen den Geschlechtern niemals ein Ende finden. Wir Frauen wehren uns zu Recht gegen die medial vermittelten Frauenbilder, weil wir so nicht sind.

Ich möchte aber auch die provokatorische Frage stellen, wann werden sich endlich die Männer gegen diese medial vermittelten Männerbilder wehren? Und was haben sie diesen Bildern entgegenzusetzen?

Ich sehe folgende Gefahr durch den Computer als Medium: Durch die künstliche (virtuelle) Welt des Mediums findet eine virtuelle Konstruktion von (Gewalt-)Wirklichkeit und eine virtuelle Konstruktion von Frauen(-Bildern) statt. Das Interagieren mit dem Medium wird als Handlung empfunden, auch wenn diese nicht in der leibhaftigen Wirklichkeit stattfindet. Menschen leben jedoch überwiegend in einer nicht-virtuellen Wirklichkeit und es kann bei einer Vermengung der Wirklichkeiten die eine das Handeln und Tun in der anderen vorbereiten, da nun für die meisten Männer und Jugendlichen in der „leibhaftigen“ Wirklichkeit weniger Möglichkeiten zur Interaktion mit Frauen als in der virtuellen (Verfügbarkeitsaspekt!) bestehen. Hinzu kommt, daß das Ausprobieren oder das regelmäßige Ausüben von Gewalttaten an Frauen in der virtuellen Wirklichkeit sanktionsfrei ist und vom sozialen Gegenüber bzw. der Gesellschaft nicht bewertet wird. Damit erfreut sich das Medium einer besonderen Beliebtheit. In den interaktiven Pornos auf CD-ROM werden Frauen objektiviert. Sie werden

MEDIALE GEWALT



nicht nur von ihrer eigenen Körperlichkeit getrennt, es findet ebenso eine Ablösung von der direkten (sinnlichen) Gewaltwahrnehmung des Täters statt. Das nenne ich „Virtuelle Gewalt“. Die ansonsten direkt ausgeübte Gewalt gegen Frauen wird mit Hilfe des künstlichen Mediums an den Computer delegiert. Auf diese Weise kann in den Köpfen der Männer und männlichen Jugendlichen eine Abtrennung der Sinne stattfinden – und damit eine Abtrennung der Wahrnehmung von Leiden, Schmerz, Angst usw. beim sozialen Gegenüber. An diesem Punkt sind wir wieder bei der fehlenden Empathie mit den Opfern von Gewalt angelangt, die am Anfang schon beschrieben wurde. Empathie ist aber etwas, das Menschen lernen müssen, denn ohne Empathie ist ein friedliches Zusammenleben der Geschlechter nicht möglich. Ich befürchte also, daß mit Hilfe von Computerpornos die Le-

benswirklichkeiten von Männern und Frauen (oder Mädchen und Jungen) noch stärker auseinanderdriften werden als bisher. Es gibt noch eine zweite Möglichkeit, die direkt und unmittelbar zur zahlenmäßigen Erhöhung von Gewalt führte und führt.

Der Computer ist das erste Werkzeug in der Menschheitsgeschichte, das zwei Funktionen in sich vereint, die mediale Funktion und die Werkzeug-Funktion. Als Werkzeug präsentiert sich der Computer als ein „Alleskönner“. Hier lauert eine weitere Gefahr! Als Werkzeug vergrößert er im besprochenen Problembereich beispielsweise direkt den Kreis der Opfer. Durch weltweite Netzwerke (world wide web, internet, usenet etc.) gibt es seit längerer Zeit große Möglichkeiten für bestimmte Männerbünde. Das können Pädophile, Sadisten, Frauenhändler, Sado-Maso-Freaks, Händler von Kinderpornos u. a. sein.

Die Möglichkeiten sind:

- schnellere Verbreitung/Austausch von Einzelinformationen über „sexuelle“ Interessen von Männern (Netzwerke, Mailboxen, Btx),
- bessere und umfassendere Sicherheit bestimmter Männerbünde (z. B. Pädophile),
- Bündelung und höherer Organisationsgrad bestimmter männlicher Organisationen (Sadisten, Händlerringe, Pornofans),
- Beschleunigung der Informationswege für Männerbünde (z. B. für den Frauenhandel),
- Bereitstellung von Imitationsvorlagen (bildlich und verbal) bislang nicht gekannter Qualität und Neuartigkeit und
- damit eine Erweiterung des Konsumentenkreises (usenet).

Der Computer als Werkzeug sorgt so für eine räumliche und zeitliche Verlängerung der Gewalt gegen Frauen und Kinder. Ein Beispiel: Es gibt Hinweise darauf, daß bei den Massenfolterungen im ehemaligen Jugoslawien „live Pornos“ erstellt wurden. Daß man Videos mit Digitalizern in interaktive CD-ROMs verwandeln kann, dürfte klar geworden sein. Man kann aber auch Teile dieser „laufenden“ Bilder in die Netzwerke einspeisen...



Astrid Nickel

Informationswissenschaftlerin

FRAUEN SPINNEN IHRE NETZE

Was bringen die neuen Informations-technologien den Frauen?

Mit den „neuen Technologien“ der Informationsvermittlung, die mit einer Vielzahl „neuer“ Begriffe, Namen oder Wortschöpfungen beschrieben wird – Mailboxen, Datenautobahnen, Cyberspace, INTERNET, die Welt als globales Dorf –, verbinden sich vielfältige wie auch oftmals recht diffuse Vorstellungen. Unbestritten ist jedoch die Tatsache, daß diese Technologien in entscheidendem Maße bereits unsere Gegenwart beeinflussen und noch stärker die Zukunft unserer Informationsgesellschaft prägen werden. Frauen können es sich nicht leisten, in einer Abwartehaltung gegen-über dieser Technikentwicklung zu verharren oder wie es Nadine Strossen, Professorin an der New York Law School treffend formulierte: „*Wenn Frauen nicht endlich die Auffahrt zur Datenautobahn benutzen, werden die Männer an ihnen vorbeirasen.*“ Inwiefern können und sollten sich also Frauen diese Technologien zur Vermittlung von feministisch relevanten Informationen (Sammlung, Aufbereitung und zur Verfügung stellen von Informationen) nutzbar machen bzw. welche erste Bilanz läßt sich in diesem Prozeß bereits ziehen? Die Initiierung von Mailboxsystemen, die der Vernetzung von Frauenprojekten,

Frauenbibliotheken und -archiven sowie interessierten Einzelnutzerinnen (Userinnen) dient, ermöglicht einen einfachen Zugriff auf und Austausch von Informationen. Mit diesem vielfältig nutzbaren Medium lassen sich schnell und billig private Nachrichten versenden durch die Zuweisung einer sogenannten E-Mail-Adresse, als auch an sogenannten „Brettern“ (ähnlich einem schwarzen Brett oder einer Zeitungsseite) ein Thema diskutieren, Veranstaltungshinweise geben, Artikel oder wissenschaftliche Arbeiten veröffentlichen, aber auch Wohnungs- oder Arbeitsangebote und -gesuche etc. austauschen. Benötigt wird lediglich ein durchschnittlich leistungsfähiger Computer (ab 286er PC), ein Telefonanschluß und ein Modem mit entsprechender Software, das den Rechner mit dem Fernsprechnet verbindet und so den Zugriff auf die Mailbox ermöglicht.

60.000 bis 80.000 Mailboxsysteme existieren weltweit, davon einige tausend in Deutschland, aber nur zwei dienen der ausschließlichen Kommunikation zwischen Frauen. Im Oktober 1993 entstand in Frankfurt/Main die erste Frauenmailbox *FEMAIL*. Gegenwärtig existieren in Deutschland die beiden Mailboxsysteme *FemNet e.V.* und *WOMAN e.V.*, wobei erstgenannter Verbund, der im Juli 1994 gegründet wurde und für „Frauen erobern Mailbox-Netze“ steht, Mailboxen in Frankfurt/Main, Wiesbaden, Berlin und Köln unterhält. In Erfurt, Karlsruhe, Wien und Klagenfurt sollen weitere Boxen installiert werden. Das erst im Mai 1995 gegründete *WOMAN* – „Woman Only Mail and News“ – besitzt bislang Mailboxen in Frankfurt/Main, Düsseldorf,

Hamburg, Köln, Heidelberg und München. Beide Verbünde sind ausschließlich für Nutzung durch Frauen konzipiert, welches durch telefonische Kontrolle und/oder Kontrolle des Personalausweises des potentiellen Teilnehmers gewährleistet werden soll.

Im Angebot der o. g. nichtkommerziell und ehrenamtlich geführten Systeme befinden sich derzeit 80 Bretter für den Informationsaustausch zu ausgewählten Themen, u. a. aktuelle Informationen zu Frauenprojekten, Gentechnik, INTERNET, Frauenforschung. Der Informationsgehalt der in den Netzen zirkulierenden Nachrichten hängt im wesentlichen von der aktiven Beteiligung der Nutzerinnen ab. Trotz der Möglichkeit des unmittelbaren und aktuellen Informationsflusses bleibt jedoch kritisch anzumerken, daß sich die Informationsrecherche in den Mailboxen als sehr zeitraubend und redundant erweisen kann, da man sich in der Regel durch eine ballastreiche Vielzahl von Meinungen und Beiträgen zu einem Thema hindurcharbeiten muß. Regelmäßige Treffen der Userinnen in den jeweiligen Standorten der Mailboxen bieten Raum für die Diskussion von inhaltlichen und organisatorischen Fragen.

Der Brettstruktur einer Mailbox ähnlich funktionieren die auf internationaler Ebene installierten Diskussionsforen/Mailing-List's, die allerdings von einem zentralen Rechner ausgehend verwaltet werden. Es gibt derzeit über 70 frauenrelevante Diskussionsforen, die teilweise national oder international, kontinuierlich oder zeitlich eingeschränkt, öffentlich oder nur einem bestimmten Kreis von Nutzerinnen zugänglich angelegt sind. Man unterscheidet prinzipiell

zwischen moderierten, d. h. kontrollierten Listen und nichtmoderierten, d. h. nichtkontrollierten also ballastreichen Listen. Voraussetzung für die Beteiligung an einem der Diskussionsforen, die hauptsächlich in der Kommunikationssprache Englisch geführt werden, ist eine E-Mail-Adresse. Nicht notwendig dagegen ist ein Internetzugang.

Das weltweite Computersystem *INTERNET* ist mittlerweile zum regelrechten Schlagwort für den internationalen Informationsaustausch avanciert. Es bietet eine nahezu atemberaubende Dimension von Möglichkeiten des Datenaustauschs fernab traditioneller oftmals administrativ kontrollierter Strukturen. Auch hier tun sich Frauen noch schwer, diese sich bietenden Freiräume zu erobern. Liegt es an der Technikbesessenheit der Männer, ihrem finanziellen Background oder am ungehemmten Spieltrieb, daß sie rund 90% der sogenannten *INTERNET*-Surfer stellen? Laut Statistik ist der durchschnittliche User männlich, weiß, zwischen 26 und 35 Jahre alt, verfügt über eine Hochschulbildung und sein mittleres Einkommen liegt über dem Durchschnitt. Dabei ist der Zugang zum *INTERNET* nicht unbezahlbar, vielmehr stellt sich die Frage, ob es sich lohnt, Geld und Zeit dafür zu investieren.

Das *INTERNET*, für das eine je nach Tageszeit variierende Zugangsgebühr durch den sogenannten Provider erhoben wird – kostenlos ist die Nutzung dagegen in der Regel an Hochschulen und Universitäten – bietet einige interessante Datenpools speziell für Frauen. Herauszuheben sind die Datenbanken SocFem, Informationen aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich verzeichnet,

und AltFem, in der hauptsächlich Schwerpunkthinformationen zu alternativen Lebensformen und Feminismustheorien angeboten werden. Leider existiert neben den angesprochenen Datenbanken keine Online-Literatur-Datenbank zu frauenspezifischer und feministischer Literatur. Von Wissenschaftlerinnen und Expertinnen wird der Informationsgehalt o. g. Datenbanken des *INTERNET* oft kritisch eingeschätzt. Zieht man die aufzuwendenden finanziellen Mittel für die Nutzung des *INTERNET* in Betracht – sind diese angesichts der „Informationsausbeute“ zum Teil nicht gerechtfertigt. Darüber sollte sich eine jede aber selbst ein Urteil bilden, hängt doch auch hier die Qualität der angebotenen Informationen nicht zuletzt von der eigenen Beteiligung ab.

Eine gute Hilfestellung bietet dafür ProNet, eine CD-ROM, die Frauen das *INTERNET* nahebringen will und das ohne komplizierte Fachtermini, Modem oder Anschlußgebühren. Praktische Fragen stehen im Mittelpunkt, die sich in drei Teile auf der CD gliedern. Neben den allgemeinen Informationen zum *INTERNET*, werden die bereits aufgeführten frauenrelevanten Datenpools vorgestellt. Im dritten Teil der CD-ROM kann sich die interessierte Frau durch eine Vielzahl praktischer Anwendungen der Kommunikations-, Informations- oder Unterhaltungsmöglichkeiten des Netzes der Netze hindurchklicken. Die CD-ROM läuft auf Mac und DOS, braucht ein Double-Speed-Laufwerk, möglichst einen 486 PC mit Soundkarte. Zurück in die deutsche Medienlandschaft. Ein anderes interessantes Projekt ist der derzeit im Aufbau befindliche Fraueninformations- und Recherche-

dienst in Köln, der frauenspezifische Informationen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sammelt, aufbereitet und vermittelt. Die Informationssuche bedient sich fast ausschließlich elektronischer Medien und soll darüber hinaus einen profunden Überblick über relevante Veranstaltungen, Statistiken und Adressen vorrangig im deutschsprachigen Raum geben. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Frauen leider noch immer als Nutzerinnen oder als Initiatorinnen von Computernetzen für die Vermittlung von Informationen deutlich unterrepräsentiert sind. Trotzdem: das Interesse von Frauen an der derzeit immer noch als Männerdomäne beanspruchten neuen Informationstechnologie wächst unaufhaltsam, und es gibt bereits frauenfreundliche Auffahrten für die Datenautobahn, die genutzt werden sollten.

Weitere Informationen:

FemNet e. V.

Jutta Marke, Koselstr. 7,
60318 Frankfurt/Main,
Tel.: 069/597 27 52,
Fax: 069/55 04 99

Woman e.V.

Tel.: 0211/ 46 53 23

Frauen Informations- und Recherchedienst, Helga Dickel/Carolina Brauckmann, Marienplatz 4, 50676 Köln

Tel.: 0221/240 86 75
Pro-Net CD-ROM kann gegen
20 Schweizer Franken bezogen werden
beim Schweizer Verband für Berufsberatung, Versandbuchhandlung,
PF 396, CH-8600 Dübendorf I,
Tel., 01/822 08 77, Fax: 01/822 14 88



Alice Ströver

Abgeordnete der Berliner Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

ANMERKUNGEN ZUR MEDIENPOLITISCHEN LAGE

Ein Blick in die aktuellen Programmzeitschriften belegt die Existenz von 34 Radio- und 32 Fernsehprogrammen in der Region Berlin und Brandenburg. Zu empfangen sind sie über Antenne, Satellit oder Kabel. Als schöne neue Medienwelt wurde dieser Zustand vor nunmehr zehn Jahren angepriesen, doch Enttäuschung und Ratlosigkeit machen sich breit bei diesem „Angebot“. Von programmlicher Vielfalt kann keine Rede sein, Unterhaltung ist das Haupt-Programm, im Hörfunk genauso wie im Fernsehen. Im Radio dominieren die Dudelwellen mit Hits der 60er bis 90er Jahre. Der Wortanteil der Sendungen wird immer geringer, wobei zum Wortanteil bezeichnenderweise auch die Werbung gezählt wird, schließlich wird dort ja auch gesprochen! Das Zuhören darf auf keinen Fall anstrengen, denn der Hörfunk wird als „Nebenbei-Medium“ betrachtet. Die vielen kommerziellen Fernsehprogramme haben kaum ein eigenständiges Programmprofil, denn aus der Werbefinanzierung wird automatisch abgeleitet, daß die Programme sich an Niveaulosigkeit möglichst gegenseitig unterbieten müssen. Frauensender werden von Männern initiiert, offenbar wurde eine Marktlücke entdeckt. Die privaten Fernsehsender befinden sich nach nur zehn Jahren in den

Händen von wenigen Konzernen, wie dem Medienkonzern Bertelsmann und dem Filmhändler Leo Kirch, der in Europa den Filmeinkauf kontrolliert und mit seiner Familie bereits Mehrheitseigner von mehreren Fernsehsendern ist. Dagegen hat die Politik überhaupt nichts unternommen, kein Wunder, ist doch Herr Kirch ein Duzfreund von Helmut Kohl. Ganz im Gegenteil wird auf Druck dieser Großkonzerne gerade über die weitgehende Freigabe bestehender Konzentrationsregelungen nachgedacht, damit das freie Spiel der Kräfte nicht gestört wird. Weil Medienpolitik Standortpolitik ist, will keine Landesregierung die Sender in ihrer Region verärgern, und deswegen werden nicht einmal die vorhandenen Konzentrationsregelungen angewendet. Daß es auch in Deutschland zu italienischen Verhältnissen kommen könnte, wo mit Berlusconi ein Medienzar enormen politischen Einfluß hat, daran scheint in der Bundesrepublik Deutschland niemand zu denken. Wenn es Ausnahmen bei der Beschreibung dieser Programm-Situation gibt, dann vor allem dadurch, daß es noch immer die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind, die in einigen Nischen ein anspruchsvolleres Programm ausstrahlen. Doch auch hier wird immer mehr auf die „Entwertung“ gesetzt, angeblich weil das von den HörerInnen so gewollt wird. Tatsächlich aber soll auch hier diese Stromlinienförmigkeit des Programmes dazu führen, die Werbezeit besser verkaufbar zu machen. So hat sich in den letzten Jahren im Fernsehprogramm von ARD und ZDF die Tendenz abgezeichnet, daß um die Werbezeit herum ein besonders leicht verdauliches Serienprogramm angeboten wird. Im

besten Fall ergänzt durch kurze Nachrichtensendungen. Im Hörfunk werden kulturell und politisch anspruchsvolle Beiträge in die sogenannten Kulturwellen verbannt, während die anderen Programme mit Musik und Radiospielchen gefüllt werden.

Im Rundfunkrat des SFB, dem ich nach einer ersten Amtszeit 1983/84 seit 1991 angehöre, gibt es immer wieder heftige Debatten um die Qualität des Programmes, und es ist eine wichtige Aufgabe des Gremiums gegenüber der Geschäftsleitung, hier immer wieder die Beibehaltung eines gewissen Qualitätsanspruchs einzufordern. Obwohl die Werbeeinnahmen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verglichen mit den Einnahmen, die die kommerziellen Sender daraus ziehen, minimal sind, wird doch immer wieder bei der Programmplanung zu stark auf die Einschaltquote geachtet, anstatt sich auf den öffentlich-rechtlichen Grundgedanken zu besinnen und dem Auftrag nach einem Programm, in dem neben Unterhaltung auch der Anspruch nach Kultur- und Bildungsprogrammen besteht, gerecht zu werden. Die ganz praktischen Einflüsse vonseiten des Rundfunkrates oder aus dem Programmausschuß heraus, dem Gremium, daß sich um die Programmkontrolle kümmern soll, sind dabei sehr bescheiden. Der gesetzliche Auftrag lautet im § 7 (1) des SFB-Rundfunkgesetzes: „Beratung des Intendanten und Überwachung der Gesamthaltung und der Programmgestaltung der Rundfunkanstalt“. Diese Vorschrift bedeutet einerseits einen gewissen Schutz des Intendanten und seiner Geschäftsleitung vor allzu starker Einmischung der Gremien in die inneren Angelegenheiten

FRAUEN IM FUNK

einer Rundfunkanstalt, andererseits ist mit dieser sehr schwammigen Formulierung das Recht für die Rundfunkratsmitglieder verbunden, jederzeit ihre Meinung zum Programm äußern und auch Programmforderungen im Rahmen des Gesamtkonzeptes des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stellen zu können. So haben einige Rundfunkratsmitglieder in den vergangenen Jahren immer wieder – unterstützt von einer aufmerksamen Öffentlichkeit – den Erhalt der einzigen im SFB-Hörfunk noch verbliebenen Frauensendung *Zeitpunkte* sicherstellen können. Aber es bleibt ein immerwährender Kampf gegen die Hierarchien in diesem Sender. Zwar sind mit 8 Frauen von insgesamt 31 Mitgliedern so viele Frauen wie noch nie im derzeitigen SFB-Rundfunkrat vertreten, doch ist klar, daß nur eine gesetzliche Festschreibung eine Erhöhung der Zahl der Frauen auf mindestens die Hälfte bringen kann. Leider kommt es fast nie vor, daß die Frauen in diesem Gremium gemeinsame Initiativen starten. Das liegt an der viel zu starken Einflußnahme der politischen Meinungsführer auf das Gremium, die für den Zusammenhalt der konservativen Mehrheit sorgen. Es gibt einen ausdrücklich für die Frauen vorbehaltenen Sitz, dessen Besetzung auf Vorschlag des Berliner Landesfrauenrates erfolgt. Da dieser Verband aber nur einen kleinen Teil der organisierten Frauen Berlins unter seinem Dach vereint, ist in den vergangenen fünf Jahren nicht eine einzige frauenpolitische Initiative von der jeweiligen Vertreterin der Frauen ausgegangen. Es ist allerhöchste Zeit, daß auch andere Fraueninstitutionen ein Entsendungsrecht bekommen. Es wäre für die Arbeit der Rundfunkräte

ganz allgemein wichtig, viel stärker von der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Jede Frau kann sich an ein einzelnes Mitglied oder an das ganze Gremium wenden, um sich zum Beispiel über frauenfeindliche Inhalte bei Sendungen des SFB zu beschweren. Genau so gut können programmbezogene Verbesserungsvorschläge gemacht werden. Es wird sich jedes Rundfunkratsmitglied freuen, wenn vonseiten des Publikums Reaktionen auf die Programme kommen, denn nicht alles, was das Programm bietet, kann selber wahrgenommen werden, zumal es sich um ein reines Ehrenamt handelt. Wer sich an den Rundfunkrat wendet, dessen Anliegen wird auch in der Regel in den Ausschüssen des Rates behandelt. Darüber wird dann in den Sitzungen des Rundfunkrates berichtet. Diese Sitzungen sind öffentlich und können besucht werden. Es ist sehr bedauerlich, daß oft nur wenige ZuschauerInnen an den Sitzungen des Rundfunkrates teilnehmen.

Die gesamte Geschäftsleitung des SFB – der Intendant und die vier Direktoren – sind Männer, denen naturgemäß die Bedeutung von Frauenbelangen und sendungen ziemlich egal ist. Trotz ständiger Mahnungen hat der Intendant in den vergangenen Jahren, wenn es um Neubesetzungen von Leitungspositionen ging, nicht eine einzige Frau berücksichtigt. Und der Rundfunkrat hat mit seiner rechten Mehrheit, da wo er den Personalvorschlägen des Intendanten zustimmen muß, nicht ein einziges Mal gegen die Besetzung der Direktorenposten mit einem Mann gestimmt. Damit gibt der SFB innerhalb der ARD ein ziemlich trauriges Bild ab, denn in anderen Anstalten sind Frauen inzwischen auch in

Führungspositionen etwas besser vertreten. So ist der Frauenanteil auch im Bereich der Hauptabteilungsleitungen im SFB in den letzten Jahren sogar noch zurückgegangen.

Es ist das große Problem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, sich seit der Zulassung von kommerziellen Sendern viel zu sehr auf deren Niveau eingelassen zu haben, nur um weiterhin ein Stück vom Werbekuchen abzubekommen. Dabei ist der Anteil der Werbeeinnahmen in den letzten Jahren sowohl in den Sendern der ARD als auch im ZDF drastisch zurückgegangen. Heute kann im SFB die Tochterfirma „SFB-Werbung“ noch gerade soviel Einnahmen machen, daß sie ihren Anteil an den Kosten für den Kauf der Vorabendserien in der ARD bezahlen kann. Dem SFB fließt nur noch so wenig an Überschüssen zu, daß diese Gelder und die Einnahmen aus Sponsoring zusammengenommen nur etwa ein Prozent des ganzen Jahresetats ausmachen! Es ist vor diesem Hintergrund umso verständlicher, warum die Verantwortlichen in den Anstalten immer noch so sehr auf die Werbung setzen und die nun auch noch am liebsten auf den ganzen Abend ausdehnen möchten. Dabei wird nicht bedacht, daß es vielen Menschen überhaupt nicht zu erklären ist, warum sie weiterhin für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk Gebühren zahlen sollen, wenn sich dessen Programm nicht von den werbefinanzierten der kommerziellen Anbieter unterscheidet. Hier brauchen sich die Verantwortlichen im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht zu wundern, wenn sie sich mit ihrer Philosophie selber das Wasser abgraben. Tatsächlich kann der öffentlich-rechtliche Rundfunk m. E. nur dann überleben,

wenn er sich auf seinen Auftrag besinnt und für eine Grundversorgung mit Programmen sorgt, die zwar auch unterhaltend sein sollen und dürfen, aber dennoch einem Bildungs- und Kulturanspruch genügen müssen. Dafür kann bei ausreichender Gebührenausrüstung dann auch ganz auf Werbung verzichtet werden. Die Fusion von SFB und ORB ist für die Region Berlin-Brandenburg ein wichtiges Signal zur Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und wird eine der zentralen medienpolitischen Aufgaben in den Beratungen des Abgeordnetenhauses in der jetzt kommenden Legislaturperiode werden. Damit aus der Region endlich eine stärkere programmliche „Marke“ durch einen höheren Programmanteil im ersten ARD-Programm erkennbar wird, brauchen wir die Fusion. Die finanziellen Mittel beider Anstalten sind derzeit so knapp bemessen, daß Geld für neue programmliche Innovationen von jeder einzelnen Anstalt kaum aufgebracht werden kann. Schon jetzt konnte es das neue *Infradio* nur deswegen geben, weil es ein Kooperationsprojekt von beiden Häusern ist. Wenn beide Anstalten innerhalb der ARD mit einer Stimme sprechen, wird es gelingen, Mittel für die Fortführung des Programms SFB 4 Multikulti über die Versuchsphase hinaus, die bis September 1997 dauert, zu bekommen. Dieses Programm liegt mir besonders am Herzen, denn nur nach jahrelangem Kampf konnten der SFB-Intendant von Lojewski und die CDU im Rundfunkrat für diese einmalige programmliche Erneuerung gewonnen werden. Innerhalb der ARD soll es ein bundesweites multikulturelles Radio geben und dafür muß kräftig geworben werden.

Wenn es gelingt, ein neues Gesetz im Abgeordnetenhaus für eine gemeinsame öffentlich-rechtliche Anstalt Berlin-Brandenburg zu verabschieden, dann werden sich hoffentlich einige Forderungen, für die wir uns seit Jahren einsetzen, darin wiederfinden. Neben der schon genannten Frauenquote in den Aufsichtsgremien und der stärkeren Berücksichtigung von Frauen bei der Besetzung von Leitungsfunktionen geht es uns auch um eine Verminderung der politischen Einflußnahme auf den Rundfunk. Deswegen wollen wir eine weitgehende Reduzierung der Zahl der Politiker im Rundfunkrat. Es kann nicht angehen, daß ParlamentarierInnen, die als Legislative die Gesetze über den Rundfunk verabschieden, in den Aufsichtsgremien der Anstalten zugleich die Kontrollfunktionen über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausüben. Es war für die Bündnisgrünen in Berlin schon lange guter Brauch, den einzigen Sitz, für den sie ein Vorschlagsrecht haben, nicht mit Abgeordneten zu besetzen. Und deswegen werde ich, nachdem ich nun Abgeordnete bin, im Januar 1996 dieses Amt auch aufgeben.



Annett Gröschner

Literatin

DIE SKLAVEN

Seit September 1994 bin ich Redakteurin der Zeitschrift *SKLAVEN*, die in den Räumen des BasisDruckverlages gemacht wird. Der Name irritiert viele im ersten Moment, Claudia Gehrke, die in ihrem Konkursbuchverlag größtenteils erotische Literatur herausgibt, meinte, die Zeitschrift ließe sich über den Sado-Maso-Versand sicherlich gut vertreiben. Der kleinste gemeinsame Nenner aller Beteiligten der Redaktion und der Urheber des Namens ist aber der Schriftsteller Franz Jung, der in den zwanziger Jahren ein Zeitschriftenprojekt desselben Namens plante, aus verschiedenen Gründen aber nie dazu kam, es zu verwirklichen.

Er ist eine schillernde Figur unter den Autorinnen und Autoren der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dessen Leben sich durch Brüche auszeichnet. Er war Schriftsteller, KPD-Mitglied und als solches an den Mitteldeutschen Aufständen beteiligt, war Schiffsführer, Geschäftsführer einer Zündholzfabrik in der SU, und wechselte mehrmals im Leben die Länder und Identitäten. Und eben diese Brüche verbinden sich mit meinem Interesse an dem Projekt, nicht unbedingt die Person Franz Jungs. *SKLAVEN* ist keine Literaturzeitschrift, sondern jedes Heft ist eine Mischung aus philosophischen, literarischen, öko-



nomischen und historischen Texten. Außerdem gibt es einen Archivteil, in dem möglichst unveröffentlichte Arbeiten von Franz Jung oder aus seinem Umfeld veröffentlicht werden. Wichtig ist, daß die Texte eine soziale Kenntlichkeit besitzen, eingreifen in die Prozesse, die um uns herum geschehen oder sich formal von dem sonst Üblichen unterscheiden. Das gelingt sicherlich nicht mit jedem Heft, es kommt auch immer darauf an, welche Texte uns erreichen. Die Zeitschrift gibt es seit Mai 1994. Sie wurde damals von Stefan Döring, Wolfram Kempe, Bert Papenfuß, Stefan Ret und Klaus Wolfram gegründet. Nach drei Heften merkten sie, daß an der Mischung noch etwas fehlte, und fragten mich, ob ich nicht Lust hätte, mich an dem Projekt zu beteiligen. Nach einigem Überlegen sagte ich zu und löste ziemlich schnell eine Diskussion aus, ob ich nun als Frau oder als anderer Blickwinkel in die Redaktion aufgenommen wurde. Mir war das ziemlich egal, sehe ich doch die Dinge als Frau sowieso aus einem anderen Blickwinkel.

Seit meiner Arbeit bei *Ypsilon*, der Frauenzeitschrift, die 1990 bis '91 bei BasisDruck erschien, hatte ich nicht mehr in Zeitschriften gearbeitet, sondern nur noch geschrieben und als Historikerin gearbeitet. *Ypsilon* war ja Ende 1991 nicht nur aus Mangel an Geld, sondern auch am fehlenden Durchhaltevermögen der Frauen in einem sich täglich verändernden Umfeld und an Intrigen kaputtgegangen. Alle Überlegungen, etwas Ähnliches neu zu machen, waren im Sande verlaufen. Außerdem war mir die Konzentration auf die klassischen Frauenthemen, von denen *Ypsilon* lebte und die zur damaligen Zeit wichtig waren,

inzwischen zu eng geworden. Aber der Grund, weswegen ich mir Zeit ließ, mich zu entscheiden, war die Frage, ob ich überhaupt die Möglichkeit haben würde, mich mit meinen Themen, Blickwinkeln und Autorinnen und Autoren, die ich schätze, in diese, mir am Anfang recht homogen erscheinende Redaktion einzubringen. Es hat schon eine Weile gedauert, bis ich „wir“ sagen konnte, wenn ich die Redaktion meinte. Anfangs hatte ich das Gefühl, einige Redaktionsmitglieder testeten erstmal aus, an welcher Stelle ich Widerstand anmelden würde und an welchen Stellen nicht. Außerdem mache ich die Arbeit nur nebenbei, muß mir also meine Zeit sehr genau einteilen, so daß ich bestimmte, eigentlich notwendige Arbeiten wie Kontakte zu Autorinnen oftmals gar nicht in ausreichendem Maße leisten kann.

SKLAVEN ist ein ausgesprochenes No-Budget-Projekt. Niemand der Beteiligten wird bezahlt, weder die Autorinnen und Autoren, noch die Redaktion, noch der Drucker. Wenn die Zeitschrift gedruckt ist, müssen wir sie selbst vertreiben, entweder über Buchhandlungen, Antiquariate oder Cafés oder über Abonnements. Trotzdem niemand bezahlt wird, fallen noch genug Kosten für Papier, Abschriften von Texten und Verfilmungen an, und manchen Monat ist nicht klar, wovon das nächste Heft bezahlt werden soll, denn die Zahlungsmoral von Abonnenten läßt so ziemlich zu wünschen übrig, ein Großteil von ihnen hat die Zeitschrift bisher quasi umsonst bezogen, und wir schreiben lieber Texte als Mahnungen, für die dann wieder Porto anfällt, was wiederum Geld kostet...

Also machen wir zusätzlich Lesungen, deren Honorare zum größten Teil in die Produktion fließen. Und damit hat der Name SKLAVEN nun doch wieder einen Sinn. Und ich ein Problem mit Autorinnen.

Viele, die Frauen, die ich aus meinem Umfeld kenne und angesprochen habe, arbeiten freiberuflich oder bauen sich inzwischen eine Existenz auf. Sie können es sich ihrer Meinung nach nicht leisten, ohne Honorar zu veröffentlichen und führen oft das Argument an, Frauen leisten schon genug unbezahlte Arbeit. Ich kann diese Haltung akzeptieren, denke aber, daß sie zu kurz gedacht ist. Denn über die Veröffentlichung ergeben sich wiederum Kontakte und Lesemöglichkeiten.

Es fehlen aber für mein Gefühl Texte aus weiblichem Blickwinkel, egal, ob das nun ökonomische, literarische, philosophische oder historische Texte sind. Am Ende zählt immer die Qualität des Textes und ob er in das jeweilige Heft paßt.

Und wenn ich einen Text von einer Frau schlecht finde, dann kann ich ihn nicht verteidigen, bloß weil zu wenig Texte von Frauen im jeweiligen Heft sind.

Das Anliegen des Projektes ist, Texte zu veröffentlichen, die in kommerziellen Medien keinen Platz haben, sowohl in inhaltlicher als auch in formaler Hinsicht. In Zeiten, wo in den meisten Zeitungen und Zeitschriften das Layout und die Größe der Werbung Vorrang vor dem Text haben, der Text also dem Layout angepaßt wird und nicht umgekehrt, und Marketingstrategen auf kurze Texte setzen, arbeiten die SKLAVEN eher umgekehrt. Werbung im Heft gibt es nicht, und es erscheinen auch Texte, die mehr als 20 Manuskriptseiten haben.

Die Redaktion besteht aus Leuten, die, wenn sie zugeordnet werden sollen, aus

völlig verschiedenen Ecken kommen, die einen waren in der Bürgerbewegung, die anderen haben Literatur gemacht. Eine Vermittlung gab es zu DDR-Zeiten selten. Was uns verbindet, ist, daß wir niemals irgendwo angekommen sind, weder in der DDR noch in der jetzigen Gesellschaft, und keiner von uns eine Karriere im Blick hat, die reich, berühmt und anpassungsfähig macht. Der Rest trennt uns eher und führt zu Auseinandersetzungen, die die Redaktion manchmal an den Rand der Auflösung treiben. Da wir uns nicht jeden Tag treffen können, werden viele Entscheidungen am Stammtisch vorbereitet. Weil mir mein Zeitbudget nicht oft erlaubt, in der Kneipe zu sitzen, erfahre ich von vielen Dingen erst Tage später. Das nervt oft.

Eine Beobachtung, die ich ständig mache, ist außerdem, daß Männer im allgemeinen mit einem viel größeren Selbstbewußtsein ihre Texte anbieten. Dann geht die Tür der Redaktion auf und herein stolziert ein junger Dichter. Daß eine junge Dichterin mit der gleichen Haltung hereinkommt, ist mir noch nicht passiert. Sie schreiben eher im verborgenen, und um sie zu finden, müßte ich nur als Redakteurin arbeiten.

Kontaktadresse:

BasisDruckverlag
Redaktion SKLAVEN/Annett Gröschner
Schliemannstr. 23, PF 148
10437 Berlin



Ines Koenen, Renate Künast

*Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Berlin*

VERGESSENE OPFER ?

Zwischenbilanz über das I. und II. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

In unserer letzten Ausgabe kündigten wir diesen Beitrag als Reaktion auf die Petitionserklärung einer Gruppe von Bürgerrechtlern an. (die Red.)

Der Einigungsvertrag, die Gesetze und die Rechtspraxis

Im Artikel 17 des Einigungsvertrages wurden 1990 die gesetzlichen Grundlagen zur politischen und moralischen Rehabilitierung für die Personen geschaffen, die Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme oder sonst einer rechts-, staats- und/oder verfassungswidrigen gerichtlichen Entscheidung geworden sind.

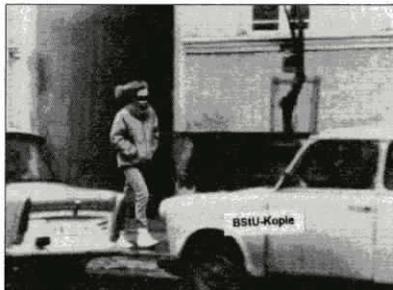
Fünf Jahre nach der Wiedervereinigung ist es Zeit, Bilanz zu ziehen, inwieweit die Gesetze einer politischen, juristischen und moralischen Rehabilitierung der Opfer gerecht geworden sind und in welcher politischen und materiellen Situation sie sich jetzt befinden. Die Bilanz kann auf mehreren Ebenen gezogen werden: statistisch, politisch und individuell.

Nach den Festlegungen des Einigungsvertrages wurde am 29. 11. 1992 das erste SED-Unrechtsbereinigungsgesetz von der Bundesregierung verabschiedet und trat am 30.10. 1992 in Kraft. Es re-

gelt die Rehabilitierungs-, Entschädigungs- und anderweitige Ausgleichszahlungen für Opfer politisch motivierter Strafverfolgung und anderer Freiheitsentziehungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und SBZ.

Das zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vom 23. 6. 1994 regelt die Rehabilitierung und Entschädigung politisch Verfolgter in der früheren DDR und SBZ. Es berücksichtigt die Opfer von Verwaltungsunrecht und beruflicher Verfolgung; diese Schadenskategorisierungen waren nicht Gegenstand des ersten SED-UnberG. Dieses Gesetz wurde als Artikelgesetz verabschiedet, d. h. daß einzelne betroffene Bereiche aufgespalten wurden und in andere, bereits bestehende Gesetze greifen (BaföG; EstG u. a.), was eine große Verkomplizierung und Zersplitterung der Ansprüche zur Folge hat.

Weitere Bereiche des zu bereinigenden Unrechts sind die Mauergrundstücke und die regierungs- und vereinigungsbedingte Kriminalität, die in anderen Gesetzen geregelt wurden. Stasiunterlagengesetz und Sachenrechtsbereinigungsgesetz enthalten weitere Maßnahmen zur Tilgung des verursachten Unrechts auf der gesetzlichen Ebene. Prinzipiell ist zu konstatieren, daß vor dem Gesetzgeber die politische Herausforderung stand, das Unrecht zu korrigieren und den Opfern zu ihrem Recht und zu Entschädigungen und Ausgleichszahlungen zu verhelfen. Die vornehmste Aufgabe von Entschädigung und Rehabilitierung muß der humanitäre Ausgleich für erlittenes Unrecht sein. Die beiden verabschiedeten Gesetze reichen in ihrer bisherigen Form weder aus, um das verursachte Unrecht justi-



tiell, noch um es moralisch aufzuheben. Die legitime Erwartung der Betroffenen und ihrer Verbände ist unerfüllt geblieben.

Schon bei der Verabschiedung des ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes wurden, bedingt durch die legalistische Rechtsauffassung der Bundesregierung, weitreichende Regelungen festgeschrieben. Viele Formen der Benachteiligung und Diskriminierung können gesetzlich und juristisch gar nicht erfaßt werden. Zurück bleibt für die Betroffenen oft eine große Diskrepanz zwischen dem individuellem Bedürfnis und der Erwartung nach Rehabilitierung und Entschädigung und ihrer rechtlich möglichen, vom Gesetzgeber vorgegebenen (und eingeschränkten) Form.

So wurde z. B. von Seiten der Bundesregierung (im Gegensatz zur Tschechischen Republik) auf eine generelle Aufhebung der politischen Strafurteile durch ein Gesetz verzichtet und statt dessen der für die Opfer sehr viel mühsamer Weg der Einzelfallprüfung ge-

wählt. Dahinter stecken zwei wesentliche Gründe: einerseits ließ sich durch die Aufsplitterung in verschiedene Einzelfälle der Finanzbedarf gering halten, andererseits heißt die Logik des Gesetzes: Legalismus. Das heißt, daß auch die Rechtsauffassung der Bundesrepublik von der grundsätzlichen Vermutung rechtsstaatlichen Handelns in der DDR ausgeht und darum den Opfern von Staats- und Regierungskriminalität stets und in jedem Fall die Beweislast auferlegt. Dieselbe Rechtsauffassung wurde bei den Entschädigungsgesetzen für die Opfer des NS-Unrechtes zugrunde gelegt. Greift man für die Bewertung der Rechtspraxis der beiden Gesetze auf die Stellungnahmen der Opferverbände zurück, so lautet die einhellige Einschätzung, daß die Warnungen vor einer zu restriktiven gesetzlichen Regelung der Ansprüche der ehemals Verfolgten berechtigt waren. Von Anfang an wurden die Antragsfristen wesentlich zu kurz ge-

faßt – ursprünglich vorgesehener Schluß war der 31. 12. 1995 (vgl. Zahlen in Berlin: 12 000 Opfer haben sich in den vergangenen Jahren beim Landgericht gemeldet und strafrechtliche Rehabilitierung beantragt, 10 800 wurden bisher bearbeitet, bis 1997 rechnet die Justizverwaltung mit ca. 2000-2400 neuen Anträgen). Auf Initiative der Justizminister der ostdeutschen Länder wurden die Antragsfristen um zwei Jahre bis zum 31.12. 1997 verlängert.

Dennoch wird diese Fristverlängerung auch nicht ausreichen, alle Fälle hinreichend zu bearbeiten. Denn viele Opfer entschließen sich erst sehr spät, ihr Verfolgungsschicksal zu offenbaren und ihre Ansprüche geltend zu machen. Zudem hat die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen bisher nicht alle Anträge auf Akteneinsicht bearbeiten können. Um eigene Schritte zu unternehmen, ist die Kenntnis der eigenen Stasi-Akte aber grundlegende Voraussetzung.

Das strukturelle Defizit wird durch die Regelungen des 1. und 2. Unrechtsbereinigungsgesetzes somit nicht aufgehoben, sondern fortgesetzt.

Die Anhörung: „Vergessene Opfer?“ Die Anhörung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Grüne am 2. Oktober 1995 über „Vergessene Opfer?“ hat nachdrücklich auf die verschiedenen Probleme der Entschädigung und Rehabilitierung von Opfern hingewiesen. Dabei gilt es, einen weiteren Aspekt beizusteuern, den Vergleich mit bzw. den Kontrast zu der Situation der Täter. Dazu ist es nötig, den Blick auf die Verfahrensregelungen in beiden Gesetzen zu lenken. Die Bedeutung eines materi-

ellen Rechtes ergibt sich immer auch aus den Verfahrensregelungen, diese und die tatsächliche Situation eines potentiellen Antragstellers bestimmen darüber, ob ein Recht faktisch wahrgenommen werden kann. Manches Recht existiert deshalb nur auf dem Papier, nicht aber in der Realität.

Die unterschiedlichen Ausgangssituationen für „Täter“ und „Opfer“ kann man folgendermaßen beschreiben. Für den Täter spielt sich die Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Staat ab. Dies klingt zunächst beeindruckend. Tatsächlich aber stehen dem Täter die Regeln des Rechtsstaates zur Seite. Dies heißt zu Beispiel, daß die Beweislast für strafrechtlich relevantes Handeln beim Strafgericht/beim Staat liegt. Im Zweifelsfall ist „in dubio pro reo“ zugunsten des Angeklagten zu entscheiden.

Die Ausgangssituation für den Täter ist also mit dem alten Sprichwort „Schweigen ist Gold“ zu umschreiben, er genießt Vertrauensschutz.

Anwaltlicher Beistand ist vorhanden, da z. B. Strafsachen „angemessen“ bezahlt werden, eine entsprechende finanzielle Unterstützung und Solidarität durch die eigenen Strukturen und alten Seilschaften ist noch vorhanden. Der Täter kann das Instrumentarium des Rechtsstaates für sich nutzen. Gegen ihn muß etwas bewiesen werden. Daß dabei zumindest in höheren Instanzen Rechtsprinzipien zugunsten der Angeklagten bestätigt werden, hat nicht zuletzt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Spionage gezeigt.

Das Rückwirkungsverbot des Artikels 103 Abs. 2 des Grundgesetzes verpflichtet die Gerichte, bei der Strafverfolgung von DDR-Recht das zur Tatzeit geltende

Strafrecht der DDR anzuwenden. Dieses aber schützt gemäß sozialistischer Rechtsauffassung das damalige System und seine Institutionen, aber kaum das Individuum und seine Grundrechte. Das Rückwirkungsverbot darf kein generelles Schutzschild für Täter/innen sein. Bedingt durch die Komplexität der Beziehungen Täter/Opfer wird es aber schlechthin unmöglich und aus rechtsstaatlichen Gründen auch nicht erstrebenswert sein, die Vergangenheit durch Bestrafung aller Täter aufzuarbeiten. Für das Opfer wirkt dagegen das in der DDR erfahrene strukturelle Defizit fort. Insbesondere bei längeren Haftzeiten oder auch „nur“ bei mehrfacher Bespitzelung durch „Freunde“ etc. steht es auch nach vielen Jahren noch unter psychischen und physischen Belastungen. Daraus resultiert oftmals eine eingeschränkte Handlungskompetenz, denn massive und einschneidende Erlebnisse führen zu persönlichen Blockaden, allein die persönliche Aufarbeitung und Auseinandersetzung kostet enorme psychische Kraft und Energie. Dazu kommt das fehlende Erfahrungswissen im aktiven Umgang mit Behörden, Instanzen und Rechtsmitteln und eine gewisse abschreckende Wirkung durch die geschaffenen komplizierten Verfahrensregelungen. Die Rechtsweggarantie, die Beanspruchung eines Verwaltungsgerichtes, mit dessen Anrufung man sich sein Recht ggfl. erstreiten kann, konnte in der DDR-Sozialisation nicht geübt werden. Die Hürden für einen eigenen, individuellen Rechtsweg sind durch die Verfahrensregelungen der beiden Gesetze sehr hoch, viele Opfer scheuen diesen mühsamen Weg. Hier sollte die Bundesregierung ihren

bereits begonnen Weg der Hilfe bei der Auffindung von Akten forcieren und zusammen mit den Opferverbänden umfangliche Betreuungs- und Informationsangebote für die Betroffenen schaffen. Eine intensive anwaltliche Vertretung ist im Gegensatz zum strafrechtlichen Bereich selten, denn das Rechtsgebiet der Entschädigung (mit Ausnahme von Immobilien und Grundstücken) ist für Anwälte finanziell eher ein „Zuschußgeschäft“. So bleibt das Opfer bei der derzeitigen Gesetzeslage im Vergleich zum Täter fortgesetzt benachteiligt. Das Ziel unserer Bemühungen sollte sein, zuvor benannte Defizite bzgl. der Geltendmachung von Rechten und vorhandene Mängel bei den materiellen Ansprüchen weitestgehend abzubauen, mit dem Ziel, „Gleichheit“ herzustellen.

Unsere Forderungen: Vier Schritte

1) Die Fristen für einen Antrag auf Wiedergutmachung sind um fünf Jahre zu verlängern. Sie laufen Ende 1995 aus, die Justizminister der neuen Länder und Berlin haben sich auf eine Initiative geeinigt, mit der um zwei Jahre verlängert werden soll. Da eine Voraussetzung für den Antrag das Material ist, das durch die Einsicht in Gauck-Unterlagen zu erhalten ist, sollte nun gleich ein Zeitraum eingeräumt werden, der realistisch ist.

2) Es ist die Möglichkeit einer immateriellen Wiedergutmachung zu schaffen. Also die Feststellung, daß ein Akt rechtswidrig war. Viele Menschen legen Wert auf eine solche schriftlich fixierte Feststellung als Akt der persönlichen Aufarbeitung und Wiedergutmachung, ohne damit sofort materielle Ansprüche zu verknüpfen. Dies darf ihnen nicht verwehrt werden.

3) Gar nichts soll an dieser Stelle gegen die Forderung nach Beendigung des sogenannten Rentenstrafrechts eingewandt werden. Aber daß Berlin eine Bundesratsinitiative eingebracht hat, in der eine Aufhebung des sogenannten Rentenstrafrechts (außer MfS), aber nur aller kleinste Veränderungen (zeitlich und materiell) für die Opfer in einem Antrag miteinander verbunden werden, führt zu einer mißlichen Schiefelage.

4) Der materielle Ausgleich für erlittene Schäden ist zu erhöhen. Monatliche Zahlungen von 150,- DM für jemanden, der sich in den vielen Jahren der Verfolgung eigentlich ein mehrfaches an Rentenansprüchen hätte erwerben können, sind nicht angemessen.

Für die weitere politische Aufarbeitung brauchen wir keine neuen Vereine, Stiftungen u. ä., wie es offenbar Bärbel Bohley und der Kanzler beim Tee vereinbart haben. Wir brauchen keine neuen gut dotierten Posten und Verwaltungsebenen in eben diesen Stiftungen oder Vereinen. Die Opfer von damals brauchen keine symbolischen Akte. Die Opfer brauchen gerade wegen des strukturellen Defizits persönliche Hilfen zur persönlichen Bewältigung, aber auch Hilfestellung, damit Rechtsansprüche in Anspruch genommen werden können. Unbürokratische Unterstützung und schlichtes Mitgehen bei Verwaltungsgängen, einen Rechtsbeistand im Verfahren (z. B. bei Jugendlichen gibt es solche Finanzierungsmodelle längst, weil man in den Bundesländern davon ausgeht, daß diese ihre Rechte großteils aus Unkenntnis nicht wahrnehmen können) oder auch psychologische Hilfen müssen unbürokratisch finanziert werden. Entsprechende finanzielle Aus-

stattungen, z. B. für konkrete juristische Unterstützung dezentral organisiert über die Länderjustizministerien, wären im Bundestag zu fordern.

Initiativen nach der Anhörung:

Bündnis 90/Grüne haben im Nachgang zu der Anhörung einen Gesetzentwurf zur Änderung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze entworfen, der die strukturellen Defizite aufheben soll.

Der Gesetzentwurf umfaßt wesentliche auf der Anhörung besprochene Punkte:

- Vererbbarkeit vermögensrechtlicher Ansprüche und der Kapitalentschädigung für Inhaftierte
- Zuwendungen für die von Zwangsausiedlungen betroffenen Familienmitglieder
- Änderung des Berufsbildungsförderungsgesetz
- Kapitalentschädigung für Zivildeportierte
- Kapitalentschädigung für Opfer sog. „Zersetzungsmaßnahmen“ der Stasi

Im letzten *WEIBLICK* war die Petition der BürgerrechtlerInnen zum nicht anerkannten Straftatbestand „Zersetzung“ abgedruckt. „Zersetzungsmaßnahmen bezeichnen die „personenbezogene“ Verfolgung bei „operativen Vorgängen“ (OV). Die Palette der Maßnahmen dieser Zersetzung, gezielt und systematisch von der Stasi angewandt, griffen in alle Bereiche des persönlichen Lebens des/ der Betroffenen ein: berufliche Aus- und Weiterbildung wurde verhindert, Kinder nicht zum Studium zugelassen, Exmatrikulierungen aus politischen Gründen vollzogen, Gewerbe genehmigungen abgelehnt, Haus- und Grundstückskäufe verhindert, Reisesperren

verhängt usw. usf. Ziel der Maßnahmen war es, die oppositionellen Kräfte aus dem beruflichen und öffentlichen Leben auszugrenzen. Diese Form der politischen Verfolgung war faktisch eine gezielte Bestrafung ohne Urteil und somit eine besonders perfide Form der Unterdrückung.“

In dem von der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Grüne entworfenen Antrag zur Gesetzesänderung findet die Methode der „Zersetzung“ ihre gesetzlich relevante Regelung. Gefordert wird, in Anlehnung an das strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz Kapitalentschädigungen an die Opfer zu zahlen. Die Kapitalentschädigung soll die gleiche Höhe haben wie die Kapitalentschädigung für politische Häftlinge nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz.

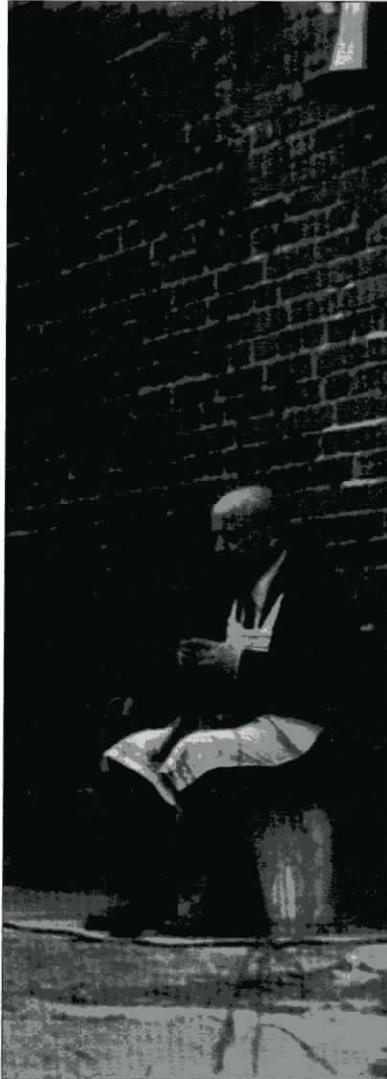


Literaturhinweis:

HELP e.V. – Hilfsorganisation für die Opfer politischer Gewalt in Europa
Selbstdarstellung, Dokumentation, Information. Die Broschüre informiert über existierende Rehabilitierungsbehörden, Soziale Kontakt- und Beratungsstellen, Forschungs- und Gedenkstätten, Entschädigungsstatistiken, u. a. m.

Bezugsadresse:

Help e.V.,
Ruschestr. 59, Haus 1,
10365 Berlin,
Tel./Fax.: 030/553 67 67



ELTFRAUENKONFERENZ

Petra Bläss

Abgeordnete der PDS
im Bundestag

Erste Anmerkungen zur UN-Weltfrauenkonferenz und zur Arbeit der deutschen Regierungsdelegation

Vorausgeschickt werden muß, daß es hierzulande bereits an Transparenz in bezug auf den UN-Vorbereitungsprozeß mangelte. Das betrifft einerseits Informationen über den Verlauf und die Ergebnisse monatelanger Verhandlungen auf UN-Ebene – also die Erstellung der (klammerreichen) Aktionsplattform, der Verhandlungsgrundlage für Peking – und andererseits und vor allem die Frage, mit welchen konkreten Positionen die Bundesregierung in die Verhandlungen gegangen ist. Denn pauschale Bekenntnisse zur Einforderung von Menschenrechten etc. sind das Eine, im konkreten politischen Handeln Farbe bekennen das Andere.

Die zwei vom Nationalen Vorbereitungskomitee durchgeführten Hearings zur Aktionsplattform waren eine absolute „Einbahnstraße“, bei der zwar sämtliche Vorschläge der NGO-Vertreterinnen aufgenommen wurden, aber zu keinem Zeitpunkt deutlich wurde, welche Positionen die Bundesregierung selbst hat. Erschwerend (für die Bundesregierung erleichternd?) kam hinzu, daß Deutschland auf dieser UN-Verhandlungsebene nicht mit eigener Stimme sprach, sondern die Europäische Union insgesamt

PEKING – NACHLESE

nur eine Stimme hatte – die der spanischen Präsidentschaft. Und da die eigenen Positionen in den Auseinandersetzungen nicht transparent gemacht wurden, ist der Verdacht, Deutschland „verstecke“ sich hinter der EU-Position, so unbegründet nicht.

Ein Kapitel für sich ist die Frage der Zusammensetzung der Regierungsdelegation gewesen. Abgesehen von dem „Theater“ um die Beteiligung von Parlamentarierinnen (Haushaltswoche in Bonn), herrschte hier quasi bis zu letzten Minute Unklarheit. Selbst auf dem ersten Zusammentreffen der Delegation am 16. 9. 95 in Bonn wurde noch keine Namensliste bekanntgegeben. Ich selbst bekam das gute Stück in Peking am 4. 9., dem Eröffnungstag der UN-Konferenz. Unsere diesbezüglichen (rechtzeitigen) parlamentarischen Anfragen wurden mit dreisten Bemerkungen – die Zusammensetzung werde rechtzeitig bekanntgegeben – mehr oder weniger abgewiesen. Mit 57 Mitgliedern war die deutsche Regierungsdelegation eine der größten. Außer den 7 RepräsentantInnen (Ministerin, StaatssekretärInnen, Botschafter und MinisterialdirektorInnen) hatten alle anderen den sogenannten Adviser-Status, darunter 14 Parlamentarierinnen im Parteienproporz (6 CDU, 5 SPD, 1 FDP, 1 Grüne, 1 PDS) und 7 NGO-Vertreterinnen (5 Deutscher Frauenrat, 1 NRO-Frauenforum, 1 Welthungerhilfe). Für welche politischen Positionen frau bzw. man steht, war eigentlich nur bei der Ministerin und den beiden StaatssekretärInnen bekannt – nicht aber bei den MinisterialbeamtInnen unterschiedlichster Ränge. Das sind aber gerade diejenigen gewesen, die – mit unheimlicher Einsatzbereitschaft und viel Sitzfleisch –

in den EU-Abstimmungen und UN-Beratungen gegessen haben.

Eine (gesamt)delegationsinterne inhaltliche Verständigung über Schwerpunkte, Positionen, Interventionsvorhaben etc. fand im Vorfeld nicht statt, insofern gab es keine unter den einzelnen Mitgliedern abgestimmte „Meinung der Regierungsdelegation“.

An dieser Stelle sei auch noch einmal auf den Skandal um die Herstellung des Nationalen Berichts zur Weltfrauenkonferenz verwiesen. Die in Sonntagsreden immer wieder betonte Zusammenarbeit mit den NGOs sah hier so aus, daß 300 Frauen, die in beispielhafter Ost-West-Kooperation in 12 Arbeitsgruppen substantielle Zuarbeit geleistet haben, über den Tisch gezogen worden sind. Denn was am Ende als offizieller Bericht eingereicht wurde, hat weder ihre Analysen noch die Diskussionen im Nationalen Vorbereitungskomitee berücksichtigt, sondern war ein schönfärbender Erfolgsbericht der Regierung, der weit entfernt von der Lebensrealität bundesrepublikanischer Frauen ist und insbesondere die mit der Herstellung der deutschen Einheit einhergegangenen gravierenden Strukturumbrüche und Verschlechterungen für Ostfrauen völlig außen vor läßt. Die PDS, für die ich seit 1992 im Nationalen Vorbereitungskomitee mitgearbeitet habe, bekam ihren Sitz in der Regierungsdelegation erst nach der Aufstockung der Delegation Ende Juni mit Parlamentarierinnen und NGO-Vertreterinnen. Obwohl wir uns für diesen Platz sehr stark gemacht haben, stand für uns angesichts der Vorgeschichte und Gesamtkonstellation durchaus die Frage, inwieweit eine Mitarbeit in einem solchen Gremium politisch zu vertreten ist.

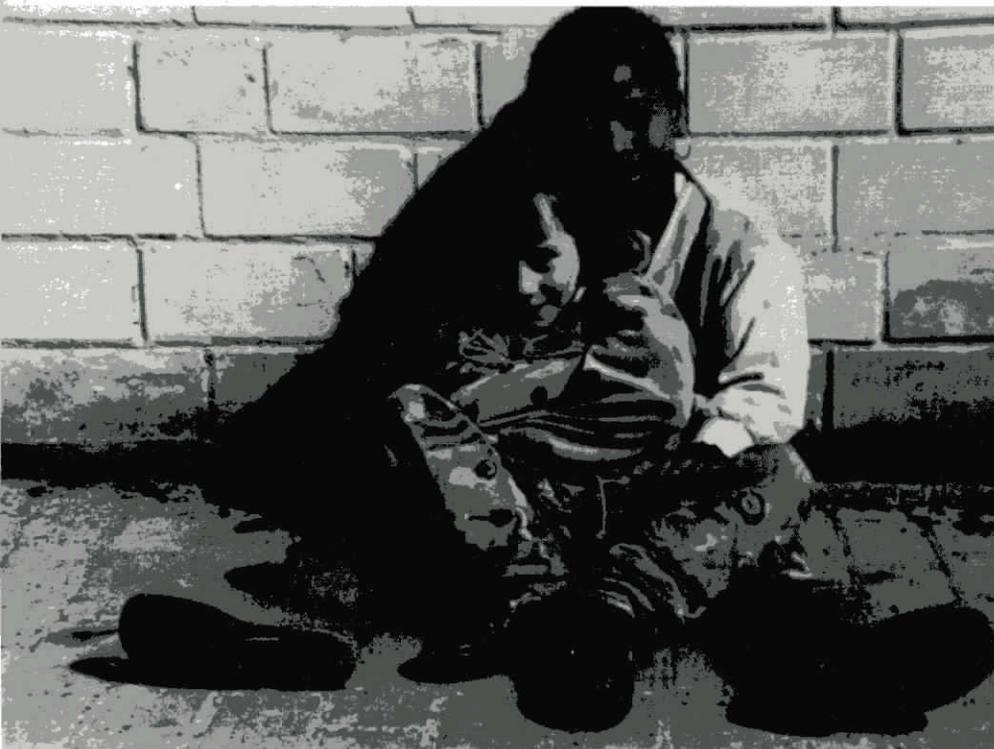
Meine Erfahrungen in Peking vor Ort haben bestätigt, daß es eine richtige Entscheidung war, sich aktiv in die Arbeit der Regierungsdelegation einzubringen – so begrenzt die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten auch waren. Als Vertreterin der PDS konnte ich mich nicht nur als Oppositionspolitikerin und Ostfrau (letzteres Phänomen war erwartungsgemäß auch hier spärlich vertreten) in die Delegationsdiskussion einbringen, sondern habe es vor allem aufgrund guter und langfristiger Zusammenarbeit mit Frauen aus unterschiedlichsten Verbänden und Initiativen als meine vorrangige Aufgabe betrachtet, für einen intensiven Dialog mit den NGOs zu stehen. Die Rahmenbedingungen dafür – Zugang zum UN-Konferenzgelände hatten ausschließlich Delegationsmitglieder oder akkreditierte NGOs und JournalistInnen, vor allem aber die Auslagerung des NGO-Forums nach Huairou – waren die denkbar ungünstigsten.

Zwölf intensive, mit Plenardebatten, Hauptausschußsitzungen, Arbeitsgruppentagungen und unzähligen Kontakt- und Untergruppenberatungen vollgepackte Verhandlungstage, was haben sie gebracht? Die am 15. September nach kontroverser Debatte im Konsens verabschiedeten Dokumente – Deklaration und Aktionsplattform – entweder einschränkungslos als Erfolg zu feiern oder total miesmachen zu wollen, ist zu einfach gegriffen. Zu viele Kröten hatte frau bereits zu schlucken, noch ehe es ins Peking Verhandlungsfinale ging: Daß sich die Staatengemeinschaft über alle Gegensätze hinweg darauf verständigt hatte, diese Weltfrauenkonferenz nicht zu einer Konferenz der „commitments“ (Verpflichtungen) zu machen, keine zu-

sätzlichen Finanzmittel zur Förderung der Gleichberechtigung zur Verfügung stellen und eine Abrechnung mit der ungerechten Weltwirtschaftsordnung nicht zuzulassen, wirft ebenso einen Schatten auf die erreichten Erfolge wie die Tatsache, daß es sich bei der Aktionsplattform nicht um ein völkerrechtlich verbindliches, d. h. einklagbares Dokument handelt. Daß ausgerechnet alles, was Bezug nahm auf die Universalität und Unteilbarkeit von Menschenrechten von Frauen und ihrer reproduktive Freiheit und sexuelle Selbstbestimmung, zu Konferenzbeginn noch in Klammern stand, ist ein Zeugnis des verheerenden Einflusses des Vatikan sowie fundamentalistischer islamischer Staaten und steckte schon fast den Handlungsrahmen ab: Tausende Frauen aus aller Welt mußten erst einmal um den Erhalt des Status Quo in UN-Dokumenten, d. h. darum kämpfen, daß es kein Zurück hinter die Beschlüsse der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz und der Wiener Weltmensenrechtskonferenz gibt. Erwartungsgemäß waren die Kapitel Menschenrechte und Gesundheit die größten Streitpunkte, so daß sich der Verhandlungs-Hauptausschuß sofort in zwei entsprechende Arbeitsgruppen vertagte. Das Prinzip, bei Unstimmigkeit eine Unterarbeitsgruppe zu bilden, wurde voll durchgezogen und diente nicht gerade der Durchschaubarkeit des Verhandlungsprozesses. In der Arbeitsgruppe Menschenrechte konnte ich die Debatte – besser Entklammerungsdiskussion – um einige wenige Kapitel verfolgen. Interessant war hier vor allem, an welchen Wendungen sich der Streit entflammte – „sexuelle Orientierung“ und „feministische Gruppen“ ... Nach

tagelangem Tauziehen wurde buchstäblich in letzter Minute der Streit um die Universalität der Menschenrechte beigelegt und -um den Preis des Verzichts auf den Begriff „sexuelle Orientierung“ – der Passus über die mögliche Einschränkung der Frauenrechte durch kulturelle und religiöse Traditionen gestrichen. Ein klarer Erfolg ist, daß das Konzept der sexuellen Selbstbestimmung der Frau erstmals definiert und festgeschrieben worden ist. Und nie zuvor wurde Gewalt gegen Frauen in einem internationalen Dokument so umfassend und eindringlich zur Sprache gebracht. Daß die Ergebnisse von Kairo und Wien letztlich bekräftigt und sogar zaghaft weiterentwickelt wurden, ist zuallererst dem quantitativ und qualitativ maßstabsetzenden Druck der NGOs zu verdanken. Weder an den 30 000 Powerfrauen im abgelegenen Huairou noch an den mittlerweile zu wahren Konferenzprofis gewordenen akreditierten NGO-VertreterInnen vorbei. Zu den wichtigsten Themenkomplexen gab es auf Seiten der NGOs sogenannte Caucuse, in deren Arbeitsgruppen ganz konkrete Textvorschläge für die Aktionsplattform erarbeitet wurden. Bei den äußerst produktiven Beratungen des „human rights caucus“ und der Redaktionsgruppe für die Plattforntextvorschläge habe ich nicht nur die meisten Informationen in Sachen Verhandlungsstand bekommen, sondern auch einen Großteil des inhaltlichen „Inputs“. Entscheidend war am Ende natürlich, wie erfolgreich der sogenannte „Lobbyingprozeß“, d. h. die unmittelbare Einflußnahme auf Delegationsmitglieder, lief – und hier mangelte es doch häufig am „Feedback“. Beste-

chend war die konzentrierte, im wahren Sinne des Wortes grenzüberschreitende und ganz pragmatische Fachdiskussion unter den NGOs. Es waren vor allem die Herren der Schöpfung, die mit Verwunderung feststellten, daß Frauen sich in Sachfragen delegationsübergreifend zusammentaten und auch mal auf ihre Delegationsdisziplin und Regierungsmeinung piffen. Um so bedauerlicher, daß die Plenardebatte der Regierungskonferenz kaum Elemente eines konstruktiven Dialogs aufwies und von Schaufensterreden geprägt war. Die offiziellen Statements der Regierungen, NGOs und internationaler Organisationen wiesen gravierende Unterschiede auf – sowohl was das ungeschminkte Zursprachebringen von Frauendiskriminierung als auch das Aufzeigen konkreter Handlungsstrategien zu deren Abbau betrifft. Nach dem beschönigenden, dem gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozeß in Deutschland völlig unangemessenen Regierungsbericht zur 4. Weltfrauenkonferenz überraschte es nicht, daß das offizielle Statement von Bundesfrauenministerin Nolte gleichermaßen von Fehleinschätzungen und unverbindlichen Goodwill-Erklärungen geprägt war. Ostfrauen, die in den letzten fünf Jahren gravierende Einbrüche in bezug auf ihre Arbeitsmarktsituation, soziale Sicherung und Selbstbestimmung erfahren haben, damit abzusplesen, man werde sich auch „weiterhin der Herausforderung stellen“, ist ein Hohn. Den gegenwärtigen, durch Sozialabbau und Frauenfeindlichkeit geprägten Kurs der Deregulierung als „gleichtlichen Fortschritt in bezug auf die Gleichberechtigung“ zu feiern, zeugt davon, wie weit die Regie-



rungsmeinung von der Lebensrealität der Frauen entfernt ist.

Beim Wort nehmen lassen muß sich die Bundesregierung fortan bei jeder Entscheidung mit ihrem zu begrüßenden Bekenntnis zur Universalität, Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte von Frauen betrifft. Ebenso gilt es, auf nationaler Ebene das einzufordern, wozu sich Deutschland über die Stimme der Europäischen

Union verpflichtet hat: konkrete Maßnahmen zur Gleichberechtigung der Frau umzusetzen. Der angekündigte follow-up-(Nachfolge-)Prozeß wird zeigen, inwieweit den Worten Taten folgen und Frauendiskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen tatsächlich mit wirksamen gesetzgeberischen Mitteln berechenbar begegnet wird.



Petra Wunderlich

*Unabhängiger
Frauenverband
Rostock*

ACHRUF FÜR

PETRA FEHLHABER-KEIPER

Am 24. August 1995 ist Petra Fehlhabe-Keiper gestorben.

Petra war Mitfrau im Unabhängigen Frauenverband. Und Petra ist selbständige Buchhändlerin gewesen. Frauen und Bücher bestimmten einen großen Teil ihres Lebens.

Als ich von ihrem Tod erfuhr, fiel mir sofort ein Gedicht von Erich Fried ein:

Ungewiß

*Aus dem Leben
bin ich
in die Gedichte gegangen*

*Aus den Gedichten
bin ich
ins Leben gegangen*

*Welcher Weg
wird am Ende
besser gewesen sein?*

Ungewiß, dieses Wort kommt mir immer wieder in den Sinn.

Petra war klein und stark. Sie war Frau und Mutter und eine selbständige Unternehmerin. Sie war nachdenklich und wißbegierig. Petra war eine Pionierin der Frauenbewegung in Rostock. Sie war voller Wünsche und Hoffnungen – deren Erfüllung war ungewiß.

Petra wurde schon vor 1989 bewußt, daß sie als Frau nicht nur Pflichten hat, sondern auch Rechte. Sie machte sich stark für sich und andere. Und sie hatte einen Traum – von einer eigenen Buchhandlung. Aber ob sie es erreichen würde, war damals noch ungewiß. Dann kam der Umbruch 1989 und Petra erkannte ihre Chance. Sie machte sich auf den Weg in die Selbständigkeit. Die sozialen Errungenschaften der DDR – also das Babyjahr, die Familienpolitik u.a., die ihr ja auch ein Gefühl der Stärke als alleinerziehende Frau gaben – sollten ihr dafür den Rücken stärken. Die Wende war für Petra auch ein neuer Aufbruch, und sie wollte etwas unternehmen, etwas tun – wie schon immer für die Frauen und für sich. Ein Plakataufruf und ein Handzettel brachten sie dann sehr schnell mit einer Gruppe von Frauen zusammen, die sich alle ihres Frauseins bewußt waren. Optimistisch waren die Frauen und sie wurden aktiv: Einen Platz am Runden Tisch erkämpften sie sich und das Mitspracherecht bei den neuen politischen Gruppierungen. Eine Rostocker Gruppe des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) wurde gegründet und Petra kandidierte 1990 für die Kommunalwahlen. Viel mehr, als es in der DDR für die Frauen an Rechten, Gleichberechtigung und Freiheiten gegeben hatte, wollten sie erreichen. Häufig fuhr Petra zu den Koordinierungsräten nach Berlin und hat sich dort mit Selbstbewußtsein für die Rostocker Frauen eingebracht. Überall hat sie sich eingemischt und ihren Mund aufgemacht. Ob der UFV in Rostock ohne sie hätte auskommen können, ist ungewiß.

Als Petra sich dann in die Selbständigkeit aufmachte und mit ihrem Laden begann, brauchte sie Unterstützung – und diese bekam sie von den Frauen. Die Solidarität der Frauen war ihr sicher und das Gefühl des Miteinanders half ihr sehr, ihr Unternehmen zu wagen. Sie fühlte sich wohl unter den Frauen, und so war es ein Nehmen und Geben. Sie brauchte uns, und wir brauchten sie. Ihr Beispiel, ihre Kraft taten uns gut. Petras Buchhandlung heißt „die andere buchhandlung“. Sie hat es auch versucht – das andere Konzept. Kultur wollte sie machen und anbieten und Bücher verkaufen. Mutig war sie, und Risiko hat sie gewagt, mittendrin in der Marktwirtschaft. Mit ihrem Ehrgeiz und ihrer Arbeit schaffte sie es, mit einer anderen Buchhandlung, mit Buchlesungen, mit Musik, mit fachlicher und zeitaufwendiger Beratung, mit einem eigenen Frauenbuchregal (endlich), mit Kultur und einer angenehmen Atmosphäre ihren Platz in der Stadt zu behaupten. Petra war offen für viele Menschen und auch für ihre Probleme – einen Kaffee bekam bei ihr, wer immer es wollte. Oft wirbelte sie durch einen ihrer Buchläden, denn inzwischen waren es drei, und es war nicht immer sicher, sie zu treffen. Aber die Zeit für die Frauen, für den UFV, den sie mitgründete und mittrug, versuchte sie sich immer zu nehmen. Auch wenn eine Frau sie vielleicht nur etwas fragen wollte oder eine Einladung zu einer Versammlung brachte, es tat gut, in ihren Laden zu kommen, sie zu sehen und zu sprechen. Nicht selten kaufte frau dann doch noch ein Buch. Petra, die unsere Solidarität brauchte, war oft Einzelkämpferin.

Die Politik hatte den Weg gen Westen eingeschlagen. Die Sozialleistungen der DDR wurden abgebaut. Die Frauenpolitik, die auch Petra vertrat, wurde sehr bald schon als feministisch eingestuft und kritisch betrachtet. In der Kapitalgesellschaft mußte sich Petra behaupten, gegen männliche Dominanz und Geringschätzung. Es war schwer, als Frau einen Kredit zu bekommen, und um ihre Geschäftsräume mußte sie lange kämpfen. Doch durch ihre Geschäftstüchtigkeit konnte sie bestehen. Sie war Mitglied und Vorstandsfrau der Norddeutschen Buchhändlervereinigung und inzwischen eine anerkannte Persönlichkeit in Rostock. Sie redete nicht nur, sondern sie handelte. Handeln ist auch Tun, und getan hat sie sehr viel. Für andere oft vielmehr als für sich selbst. Die Fragen nach ihrem Wohlbefinden, ihrer Familie oder ihrer Freizeit beantwortete sie oft ungewiß. Ungewiß, ob sie nicht genug Zeit hatte für ihr Privatleben. Ungewiß, ob die Buchhandlungen bestehen bleiben. Ungewiß, ob sie noch leben könnte. Ungewiß, ob wir den Schmerz ihres Todes verarbeiten werden. Ungewiß, ob aus ihrem Weggehen ein neues Werden wird. GEWISS wir trauern um sie.



INFORMATIONEN



Deutscher Journalistinnenbund (JB)

Frauke Langguth

Dagmar Berghof, Ilona Christen, Heike Makatsch und Margarete Schreinemakers: Frauen scheinen im TV allgegenwärtig zu sein. Doch Frauen sind in den Medien unterdurchschnittlich vertreten, von den höheren Leitungsebenen ganz zu schweigen (siehe M. Lünenborg, dieses Heft). Grund genug für Frauen, die im Journalismus arbeiten, sich zu organisieren. So wurde 1987 der Journalistinnenbund (JB) gegründet. Er will ein Netzwerk für Frauen in diesem Beruf sein und darüber hinaus Stellung beziehen, wenn Frauen in den Medien unangemessen oder diskriminierend dargestellt werden. Es geht also um Frauen im Journalismus und um das Frauenbild in den Medien.

Inzwischen haben wir an die 400 Mitglieder im gesamten Bundesgebiet. Ge-gründet wurde der JB von Kolleginnen aus Köln und Frankfurt/Main, die lange Jahre vor allem im Bereich des Frauenfunks/Fernsehen tätig waren. Derzeit hat der JB Regionalgruppen in fast allen westdeutschen Großstädten und Ballungszentren. Mager sieht es dagegen bisher im Osten Deutschlands aus. Die ostdeutschen Journalistinnen sind nicht nur unterrepräsentiert, sie sind eigentlich überhaupt nicht vertreten. Natür-

lich wollen wir das ändern, aber es geht anscheinend nur im Schnecken-tempo. Die vorletzte Jahrestagung wurde zum Beispiel extra nach Dresden gelegt. Es war sehr schön an der Elbe, aber die Resonanz unter den sächsischen Kolleginnen, die natürlich alle eingeladen worden waren, war nicht sehr groß. Ein Grund liegt in der Struktur; da wo es keine Regionalgruppen gibt, da passiert nicht viel, und so müssen sich ein oder zwei engagierte Kolleginnen finden, die eine neue Gruppe ins Leben rufen. In der Berliner Gruppe gibt es sowohl West- als auch Ostkolleginnen in einem etwas ausgewogeneren Verhältnis. Um für alle gut erreichbar zu sein, haben wir unseren Treffpunkt von Wilmersdorf nach Berlin-Mitte verlegt.

Die Regionalgruppen sind weitgehend autonom, was ihre Arbeit angeht. Wir in Berlin treffen uns einmal im Monat zum Stammtisch. Dann geht es vor allem um den Austausch unter den Kolleginnen. Wer arbeitet gerade woran, wen könnte man zu diesem Thema noch interviewen, wie läuft es gerade bei den einzelnen Sendern ... Die Frauen, die zum Stammtisch kommen, arbeiten u.a. für die taz, Brigitte, die (inzwischen eingestellte) Sibylle, den ORB, den SFB, die deutsche Welle, den Freitag, den Tagespiegel, die Wochenpost, für eine finnische Zeitung... Als Redakteurinnen, Fotografinnen, Filmemacherinnen, im PR-Bereich oder als Buchautorinnen. Die meisten sind freiberuflich tätig. Außerdem laden wir uns Gäste ein, Frauen, die Einfluß haben in Berlin oder die etwas bewegen.

Kontakt für Interessentinnen:

Tel.: 030/ 456 10 23

Geschäftsstelle Bonn: 0228 / 26 27 82

Frauenpresseagenturen

Antje Dertinger
Martin-Legros-Straße 104, 53123 Bonn
Telefon: 0228/64 71 91

ECHO-Pressedienst
Redaktion: Monika Holzem
Gartenstraße 9, 53604 Bad Honnef
Telefon: 02224/7 80 00

FAKTA FrauenMedienBüro e.V.
argumente, analysen, anregungen
Lehderstraße 93, 13086 Berlin
Telefon: 030/4 67 43 03
Telefax: 030/4 67 43 04

frau in bonn
Borsigallee 6, 53125 Bonn
Telefon: 0228/25 20 91
Telefax: 0228/25 20 93

Frauenpress
Journalistinnenbüro
Cornelia Benninghoven/Jutta Brinkmann
Sachsenring 2-4, 50677 Köln
Telefon: 0221/31 40 33
Telefax: 0221/31 47 11

frauentexte -ft-
Eva Walitzek-Schmidtke
Kleinburgwedeler Straße 20
30938 Großburgwedel
Telefon: 05139/45 28
Telefax: 05139/29 72

IFPA - Initiative Frauen Presse-
Agentur der Fraueninitiative 6.Oktober
Kirschallee 6, 53115 Bonn
Telefon: 0228/21 69 13

Ihr Thema - Informationsdienst für die
moderne Familie

ANZEIGEN

Themenverlag GmbH
Alsenstraße 2, 22761 Hamburg
Telefon: 040/43 17 51 79
Telefax: 040/43 17 51 10

Konzepte
Ria Hinzmann
Seydelstraße 27, 10117 Berlin
Telefon: 030/2 21 84 88
Telefax: 030/2 21 84 68

Pressedienst Psychologie Aktuell
Traute Becker, Gerhard Koch
Ißhorst 6, 46499 Hamminkeln
Telefon: 02852/57 57
Telefax: 02852/57 58

VisuElle
Film- und Fernsehproduktion GmbH
Annette Reeker
Kräusergasse 36, 50678 Köln
Telefon: 0221/32 10 48
Telefax: 0221/31 21 04

Frauen Europas
Kommission der Europäischen Gemein-
schaften
Generaldirektion Audiovisuelle Medien
Information, Kommunikation, Kultur,
Fraueninformation
Chefredakteurin: Mme Anne Blanche
Haritos
200, Rue de la loi, B-1049 Brüssel
Telefon: 00322/2 99 94 11
Telefax: 00322/2 99 94 16

Frau und Politik
Union-Betriebs-GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn
Telefon: 0228/54 43 14

Frau und Wirtschaft
Herausgeber: Deutscher Industrie- und

Handelstag (DIHT),
Abteilung Information
Redaktion: Claudia Hüls
Postfach 14 46, 53004 Bonn
Adenauerallee 148, 53113 Bonn
Telefon: 0228/10 46 04
Telefax: 0228/10 46 99, Btx: *69010#

frauenpolitischer dienst -fpd-
Verlag Politische Dienste
Marion Moesta
Postfach 1 11, 53512 Adenau
Telefon: 02691/23 68
Telefax: 02691/79 49

Spiegel der Frauenpublizistik
Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung
Ingeborg Kaiser-Bauer
Referat III B 5
Welckerstraße 11, 53105 Bonn
Telefon: 0228/208 32 50
Telefax: 0228/208 31 09

zweiwochendienst (zwd)
FRAUEN UND POLITIK
Geschäftsführende Herausgeberin:
Marion Lührig
Redaktion: Bärbel Schubert, Brigitte
Lausch
Pressehaus 1, Zimmer 234
Postfach 12 05 08, 53047 Bonn
Telefon: 0228/21 73 75
Telefax: 0228/21 52 26

(zusammengestellt von Monika Reiter)

*Weitere Medienadressen zu den
Schwerpunkten: Frauenbuchläden,
Frauen in den Medien und Frauen-
archive sind beim Weibblick gegen
einen frankierten Rückumschlag
(3,-DM) erhältlich.*

Kontakte

Portugal – 50/163/einsam
Künstlerin möchte warmherzige Frauen
kennenlernen, wohnt am Meer mit zwei
Katzen.
Alambre/ R. Gago Coutinho, 9
Algarve-Potrugal

Reisen

Donkerbroek/Friesland/Holland.
„T ZIJPAD“ bietet Naturliebhaberinnen
und Ruhesuchenden eine Umgebung,
in der vieles möglich ist: Gartenzimmer
für zwei Personen für 195 Gulden die
Woche. Hütte für zwei Personen der
gleiche Preis. Gästehaus für vier Perso-
nen ab 250 Gulden pro Woche. Kleines
Frauenamping; Übernachtung mit
Frühstück für 30 Gulden p.P.p.N.
Info: Lies Oosterhof, Balkweg 8, 8435 VP
Donkerbroek, Holland.
Tel.: 00 31 – 516 49 17 52

Kalender 1996 von Anke Feuchtenberger erhältlich!

Auch dieses Jahr konnten wir die be-
kannte Comic-Zeichnerin Anke Feuch-
tenberger für die Gestaltung unseres
Weibblick-Kalenders gewinnen.
Er hat das Posterübliche A1-Format –
die Zeichnungen und das Kalendarium
erscheinen in Schwarz!

Den Kalender geben wir für DM 8,-
plus Verpackungs- und Portogebühr ab.
Bestellungen bitte an unsere neue
Redaktionsadresse, Anklamer Str. 38,
in 10135 Berlin.